

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 48

April/Mai 2010



- ★ Rekommunalisierung – Was geht? ★
- ★ Protest gegen Emslandisierung ★
- ★ Links? Rechts? Total extrem! ★
 - ★ Landkreis & Literatur ★
- ★ Rückblick auf den Celler Zündel ★

INHALT

Protestfunke zündet	
Gegen die Emslandisierung der Region	3
DPWV-Expertise belegt ...	
... der Lohnabstand ist gewährt	5
Rechtswidrige Praxis beim Landkreis	
Hungern wegen Leistungsverrechnung?	6
Spendenprojekte des Weltladens	
Jeunesse de demains in Madagaskar	7
Laternengespräche	
„Wir sind des Geyers schwarzer Haufen“	8
Menschenkette zwischen Brunsbüttel und Krümmel	
KettenreAktion: Atomkraft abschalten!	10
Rekommunalisierung – Geht watt?	
Energieversorgung in Eigenregie	11
Bundesregierung betreibt absurde Gleichsetzung	
Links? Rechts? Total extrem!	12
Gegen Rechtsextremismus in den Kommunen	
Für eine Kultur der Bürgerbündnisse	15
Buchbesprechung	
Sozialismus des 21. Jahrhunderts	16
Landkreis & Literatur – eine Sichtung	
„Himmel, welch ein Land“	17
Großplagiator schlägt wieder zu	
Abgeschrieben – Sechs – Setzen!	19
Todesmarsch durch Groß-Hehlen im April 1945	
Waffen-SS ermordet KZ-Häftlinge	20
Zur Geschichte der Neuen sozialen Bewegungen	
Der Zündel – Celles Alternativblatt	22
Termine KINO 8 1/2	26
Termine in Kultur & Politik	27

Nächster Redaktionsschluss: 17. Mai 2010

H
A
L
L
O



Wenn man sich mit einem langweiligen, unglücklichen Leben abfindet, weil man auf seine Mutter, seinen Vater, seinen Priester, irgendeinen Burschen im Fernsehen oder irgendeinen anderen Kerl gehört hat, der einem vorschreibt, wie man leben soll, dann hat man es verdient.

Frank Zappa

Zappa ist der Barträger auf dem Titelfoto, der Brillenträger ist Arno Schmidt. Das Bild ist von RWLE Möller, der die beiden in eine Heidelandschaft platzierte. Vorschreiben lassen haben sich alle drei nichts – und von niemandem.

Sich den herrschenden Ideologien zu verweigern, weil sie die Interessen der Herrschenden widerspiegeln – das wäre der nächste Schritt. Und weitaus schwieriger.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es vor allem das Privileg der Jugend, diese „große Verweigerung“ (Marcuse) zu proben. Die was von dieser Haltung in ihr Alter retten konnten, machen dann heute sowas wie diese Zeitung. Und das ganz „old-school-mäßig“ – auf Papier. Angesichts der online-dominierten Welt der Metropolen ist das fast anarchonistisch – mit dem Vorteil, wie der Fotoklassiker mit Zappa zeigt: Die revista lässt sich auch auf „dem Örtchen“ lesen. – Aber apropos „Jugend“:

Diesmal überraschen wir Euch mit einer Neuerung – im Innenteil habt ihr das Produkt unserer U 30-Redaktion.

Eure „old-school“-Redaktion

Das Bild hat übrigens den Titel:
"Totengrund oder Ich bin ein Heidediener,
Blattanbeter, Windverehrer"

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Gegen die Emslandisierung der Region

Die geplante Ansiedlung eines Geflügelschlachthofes in Wietze hat viele Menschen im Landkreis Celle in ungeahnte Proteststimmung versetzt. Und das betrifft nicht allein das ehemalige Erdöldorf. In vielen Gemeinden wird eine Ansiedlung von Geflügelmastställen befürchtet. Landrat Wiswe und die „große Koalition“ der Befürworter aus CDU/SPD/FDP dürften mit derartigem Widerstand kaum gerechnet haben. Zumal es inzwischen auch in den eigenen Reihen erheblich knirscht.

Als im vergangenen Herbst durchsickerte, dass die Firma „Celler Land Frischgeflügel GmbH“ in Wietze einen Geflügelschlachthof ansiedeln will, gingen in Wietze sofort viele Bürger_innen „auf die Barrikaden“. Selbstverständlich geht es ihnen um die befürchteten negativen Einflüsse vor ihrer Haustür. Angesichts der Dimension des Projekts dauerte es aber nicht lange, bis klar war: Durch die erforderliche Ansiedlung von Geflügelmastställen droht eine Emslandisierung der Region.

Die Fakten, die seit Februar auf dem Tisch liegen sprechen eine deutliche Sprache über die Schlachtkapazität: 27.000 Tiere in einer Stunde, 432.000 Tiere am Tag, 2.592.000 Tiere in der Woche, 134.784.000 Tiere im Jahr (siehe nächste Seite).

Zu Anfang der Diskussion war noch von einer Million Tiere pro Woche die Rede. Mit den neuen Zahlen verdoppeln sich selbstverständlich die Probleme: Statt der bisher prognostizierten 150 Mastställe kann jetzt von über 400 Mastställen ausgegangen werden, die im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg entstehen müssten. Der Verkehr auf der B214 wird nicht mit 100 LKW zusätzlich belastet, sondern mit mindestens 200 LKW pro Tag für An- und Abfahrt.

Vor diesem Hintergrund hat die Bürgerinitiative Wietze durchaus Chancen dem Arbeitsplatzargument zu trotzen. Die BI vertraut darauf, in Wietze eine Mehrheit gegen das Projekt mobilisieren zu können. Sie hat ein Bürgerbegehren eingeleitet. Dafür müssen zunächst mindestens 657 Unterschriften vorgelegt werden (10 % der Wahlberechtigten der letzten Kommunalwahl). Da das Bürgerbegehren sich sehr konkret auf eine von der Gemeinde zu entscheidende Frage beziehen muss, lautet die Überschrift *„Kein Gemeindekredit für den Schlachthofinvestor in Wietze“*. Konkret wird gefragt: *„Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Wietze die Ansiedlung eines Großschlachtbetriebs im Gemeindegebiet in der Form unterstützt, dass sie dem Investor einen befristeten Kredit zum Erwerb des Gewerbeareals zur Verfügung stellt?“* Hintergrund: Der Gemeinderat hatte im Dezember beschlossen, Rothkötter zur Realisierung des Vorhabens einen *„Zwischenkredit“* von 1,23 Millionen Euro zum Erwerb des Grundstücks zur Verfügung zu stellen, von dem der

Landkreis 75 Prozent und die Gemeinde 25 Prozent tragen. Nach Bewilligung der Investitionsförderung durch das Land Niedersachsen wäre der Kredit vom Investor zurückzuzahlen.

Bekommt das Bürgerbegehren binnen drei Monaten die erforderliche Zahl an Unterstützerunterschriften, muss die Gemeinde einen Bürgerentscheid durchführen. Um diesen zu gewinnen, muss an den Urnen eine Mehrheit erreicht werden, wobei mindestens 25 % der Wahlberechtigten sich beteiligen müssen.

Damit wäre die Ansiedlung des Geflügelschlachthofes in Wietze zwar längst nicht gekippt; aber auf den Investor dürfte es dann schon Eindruck machen, dass er nicht gewünscht wäre.



Protestaktion am 20. Februar in Celle

Die Befürworter geben währenddessen nicht gerade eine gute Figur ab. Auf dem Neujahrsempfang der Wietzer CDU machte Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen dicke Backen. Gegenüber der Kritik sollte man *„auf stur schalten“*. Und er prognostizierte, dass sich durch den Geflügelschlachthof die Zahl der Erwerblosen im Landkreis Celle halbieren lasse. Eine Steilvorlage für den SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Meyer. Er fragte die Landesregierung: *„Wie viele Menschen sind aktuell im Landkreis Celle arbeitslos, und in welchen Bereichen sollen so viele Arbeitsplätze entstehen, dass die Arbeitslosigkeit halbiert werden kann?“* Die „Antwort“ verweigert mit einer schnöseligen Arroganz jegliche Antwort. *„Die Arbeitslosigkeit im Landkreis Celle stieg [...] auf 7293 Arbeitslose im Dezember 2009. [...] Deshalb ist es umso wichtiger, wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen, und vor diesem Hintergrund sind auch die Äußerungen von Minister Ehlen zu verstehen.“*



Die Befürworter_innen richten sich derzeit nach der Losung des Ministers und schalten auf stur. Der Wietzer Gemeinderat hat Anfang März mit deutlicher Mehrheit die Bauleitplanung für die Ansiedlung abgesegnet. Einzig Claus Friedrich Schrader (Bündnisgrüne), Sabri Kizilhan (Linke) und als Abweichlerin Eva Ehry (SPD) stimmten dagegen. Die BI protestierte während der Ratssitzung äußerst phantasievoll: schwarz gekleidet und mit Mundschutz zeigte sich eine deutliche Mehrheit der Besucher_innen – um nach der Entscheidung geschlossen den Saal zu verlassen. Ab Mitte März haben jetzt die Bürger_innen für vier Wochen die Gelegenheit, Einwendungen zu erheben. Danach werden sich die Wietzer Gremien erneut mit der Bauleitplanung befassen. Für die Baugenehmigung muss schließlich noch der Kreistag die Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigen. Andere Mehrheiten sind nicht zu erwarten.

Schrader hat derzeit die Gruppenbildung mit der SPD aufgekündigt und sich mit Sabri Kizilhan zu einer Gruppe im Rat zusammengeschlossen.

In Winsen sind die Friktionen sogar gravierender: Dort brach die im Rat aus CDU und FDP gebildete Gruppe auseinander. Ein Grund: Die drei FDP-Ratsmitglieder sind im Unterschied zur CDU gegen die beabsichtigte Wasserentnahme im Bannetzer Moor. Und vielleicht noch bemerkenswerter: Die CDU-Ratsmitglieder Dorothea Voßberg-Berger und Rainer Potratz haben Fraktions- und Parteimitgliedschaft aufgekündigt, um gemeinsam mit den Bündnisgrünen im Rat eine so genannte Zählgemeinschaft zu bilden.

In vielen Landkreisgemeinden geht derzeit die Angst vor der Ansiedlung von Mastanlagen um. In Lachendorf gründete sich eine Bürgerinitiative (BILA) für Tier- und Umweltschutz. Der Samtgemeinderat beschloss eine (von der SPD) beantragte Resolution gegen die Errichtung von Massentierhaltungsanlagen im Samtgemeindegebiet.

Die Stadt Celle macht sich pragmatisch daran mit der Ausweisung so genannter Konzentrationszonen einem möglichen Wildwuchs zu begegnen. Erste Anfragen zur Genehmigungsfähigkeit von Mastställen seien bereits eingegangen, heißt es aus dem Rathaus.

Kurz nach Redaktionsschluss offenbarten sich sogar große Risse in der SPD. Sie hatte sich bisher sowohl im Kreistag wie im Wietzer Gemeinderat deutlich für die Ansiedlung des Schlachthofes positioniert. Angesichts der Beunruhigung in der Bevölkerung scheint man kalte Füße zu bekommen – oder in Teilen zur Einsicht zu kommen. Die SPD-Stadtratsfraktion beantragte, eine Folgenabschätzung durchführen zu lassen. Untersucht werden sollen die „Auswirkungen auf die Wasserreserven im Stadtgebiet, die Auswirkungen der zu erwartenden erhöhten Verkehrsbelastungen und insbesondere die Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft“. In der Begründung wird unter Berufung auf den Geschäftsführer der Lüneburger-Heide-GmbH, Ulrich von dem Bruch, auf die Gefahren für die Tourismuswirtschaft in der gesamten Region hingewiesen. Der wollte das nun nicht so gesagt haben – was aber nichts daran ändert, dass die mit den Mastställen einkehrende „Landluft“ nicht das ist, was sich die Tourist_innen von ihr erhoffen. Weiter heißt es bei der SPD: „Diese möglichen negative Auswirkung auf die Übernachtungszahlen hätten wiederum zwangsläufig für unsere Stadt erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation im Hotel- und Gaststättengewerbe der Stadt Celle zur Folge. Hier würden insbesondere Normalarbeitsplätze als, auch vermehrt sehr qualifizierte Arbeitsplätze zur Disposition stehen.“

Einen ersten Erfolg haben die Proteste also: Die SPD scheint zu kippen.

Weitere Infos unter: <http://www.bi-wietze.de>



... doch die CZ will es nicht wahrhaben

Selten hatte eine Hetzkampagne derartig wenig mit der Wirklichkeit zu tun, wie jetzt jene von Westerwelle Losgetretene gegen Langzeiterwerbslose. Dabei geht es eigentlich um Fakten, um Gesetze und ihre Durchführung. Aber die Fakten haben scheinbar nicht zu interessieren bei einer sozialchauvinistischen Kampagne zur Vorbereitung weiterer Umverteilungsprozesse von unten nach oben. Die Cellesche Zeitung hielt sich in ihrem Lokalteil im Vergleich zu anderen Blättern angenehm zurück und begab sich nicht auf die Suche nach der kettenrauchenden Alleinerziehenden mit Flachbildschirm, die ihre Kinder ohne Socken zur Schule schickt. Aber: Als es irgendwann an die Fakten ging, wollte die Politikredaktion genau die dann doch nicht wahrhaben.

Anfang März veröffentlichte der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) eine Studie zum Abstand zwischen Erwerbseinkommen und den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Anhand von 196 Beispielrechnungen für verschiedene Branchen und Haushaltskonstellationen in Ost- und Westdeutschland wurde nachgewiesen, dass für Hartz IV-Bezieher_innen selbst bei niedrigsten Löhnen ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme besteht. Die Berechnungen zeigten weiterhin, dass eine Senkung der Einkommensteuer die Situation von Geringverdiener_innen nicht verbessern würde.

Als völlig haltlos kritisierte deshalb der DPWV die Behauptung, dass der Lohnabstand zwischen Hartz IV und Erwerbstätigen nicht gewahrt sei. Der Verband wirft den Kritiker_innen eines vermeintlich zu geringen Lohnabstandes vor, auf äußerst dubiose Rechenbeispiele zurückzugreifen. Häufig würden bei der Berechnung der Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen ganze Einkommensbestandteile wie das Wohngeld oder der Kinderzuschlag vorsätzlich ignoriert.

Und – was im übrigen jede_r beim Blick in das Gesetz hätte feststellen können: *„Die Freibetragsregelung im SGB II sorgt grundsätzlich dafür, dass ein Haushalt bzw. eine Bedarfsgemeinschaft mit Arbeitsentgelten stets ein höheres Einkommen erzielt und somit besser gestellt wird als ein Haushalt ohne Arbeitsentgelt.“*

Der Verband forderte vor diesem Hintergrund zu einem seriösen Umgang mit Zahlen und zur Versachlichung der Diskussion auf.

In der Celleschen Zeitung rief dies am 2. März Michael Regehly auf den Plan. Unter der Überschrift *„Statistik hilft nicht weiter“* fragt er: *„Bekommt jetzt die politische Diskussion über die Angemessenheit von Sozialleistungen eine völlig neue Richtung?“* Seine Antwort für die Leser_innen: *„Das ist kaum anzunehmen. Es gehört eben zur politischen Kultur in Deutschland, dass jeder Verband mit*

einer eigenen - ihm genehmen - Statistik aufwartet. Der Bund der Steuerzahler beispielsweise hat nun einmal errechnet, dass clevere Hartz-IV-Empfänger in bestimmten Fällen durchaus mehr Geld zur Verfügung haben als Arbeitnehmer, die Steuern und Sozialabgaben zahlen müssen. „Äußerst dubios“ nennt das der Paritätische Wohlfahrtsverband. Doch auch er selbst kann diesen Fall nicht ausschließen - beispielsweise bei einem Zweipersonenhaushalt mit nur einem Verdiener im Niedriglohnbereich.“

Abgesehen davon, dass es nicht um Statistik geht, sondern um Rechenbeispiele mit nachprüfbaren Kriterien, die man eben nicht (und das unterstellt Regehly mit der Bezugnahme auf „Statistik“) manipulieren kann – der CZ-Kommentator behauptet wahrheitswidrig, dass der DPWV einen Fall nicht ausschließen könne, in dem Hartz-IV-Empfänger_innen mehr Geld zur Verfügung hätten als Arbeitnehmer_innen. Aber genau das schließt der Verband in allen 196 Rechenbeispielen und mit dazugehörigen Hinweisen zur Rechtslage aus.

„Was folgt daraus?“ fragt Regehly am Ende seines Kommentars; Antwort: *„Auch nach der jüngsten Statistik des Wohlfahrtsverbandes sind wir genauso klug wie zuvor. Oder anders ausgedrückt: Die Entscheidung über die Höhe und Angemessenheit von Lohn- und Hartz-IV-Niveau ist eine politische Entscheidung. Und die können die Statistiker den Politikern nicht abnehmen.“*

Dass Regehly (als „armer Tor“) seinen Leser_innen vorgibt, auch nach der Studie nicht klüger zu sein, hat vor allem mit seinem Kommentar zu tun. Und der erfüllt am Ende nicht einmal mehr die Kriterien des Gemeinschaftskundeunterrichts, denn: Politiker entscheiden nicht über den Lohn, sondern höchstens über einen Mindestlohn – und den bekämpfen bekanntlich gerade auch die Zeitungsverlage. Über den Tariflohn entscheiden die Tarifparteien, also am Ende: die Kampfkraft der Arbeiterbewegung. Aber letztere ist durchaus beeinträchtigt durch die von Politiker_innen gemachten Hartz-IV-Gesetze. Denn durch diese ist für abhängig Beschäftigte eine Situation entstanden, praktisch zu jedem Lohn und jeden Bedingungen arbeiten zu müssen.

Doch Regehly geht es weder um Gesetze, noch um Fakten. Es geht um Gefühle und vor allem darum, Gefühle in Wallung zu bringen gegen jenes Phantom des schmarotzenden Faulenzers, der sich auf Kosten unserer Steuergelder einen schönen Lenz machen.

Die Studie, um die es Regehly nicht ging, findet sich unter: http://www.der-paritaetsche.de/fileadmin/dokumente/2010_lohnabstand/expertise_lohnabstand_web.pdf

Hungern wegen Leistungsverrechnung?

Als eine ihrer Wohltaten feiert die Bundesregierung die Kindergelderhöhung. Dass davon bei den Hartz-IV-Kindern nichts ankommt, weil die Erhöhung als Einkommen auf die Regelleistung angerechnet wird, ging diesmal wenigstens durch die Medien. Auch wurde auf die Schlaperei im Verwaltungsablauf aufmerksam gemacht: Im Januar nämlich erhielten die Betroffenen die 20 Euro, um die erhöht wurde; aber nur weil die Bundesagentur für Arbeit ihre Berechnungsprogramme noch nicht darauf eingestellt hatte. Bei ca. 2,5 Mio. Haushalten mussten deshalb die Bescheide aufgehoben werden. Ein ungeheurer Verwaltungsaufwand, aber Bundesministerin von der Leyen wollte auf keinen Fall auf ihren Rechtsanspruch verzichten.

Das Geld bekam man dadurch in der Regel nicht zurück, denn: Der Rückforderungsbetrag darf nicht im Leistungsbezug gegen ALG-II-Bezieher_innen geltend gemacht werden. Das geht erst, wenn diese über höhere Einkünfte als ALG II verfügen. Das bedeutet – nebenbei – einen nicht unerheblichen Aufwand in der so genannten Forderungsverwaltung; über Jahre und zum Teil Jahrzehnte.

Der Landkreis Celle aber wollte diese eindeutige Rechtslage nicht zur Kenntnis nehmen. Da es in Celle die Leistungen nicht „aus einer Hand“ gibt, sondern die Regelleistungen durch die Arbeitsagentur und die Erstattung der „Kosten der Unterkunft“ durch den Landkreis, war er es, der am Ende die Rückforderung betreiben musste.

Wie gesagt: Grundsätzlich besteht eine Rückzahlungspflicht. Aber: Diese darf nicht „zwangsweise“ umgesetzt werden. Genau das aber hat der Landkreis durchgängig gemacht. Es handelt sich, wie Experten meinen, um eine geradezu skandalöse „Rechtsbeugung“.

Wie ging dies vor sich? Ein Beispiel: Ende Januar „informierte“ der Landkreis eine Familie darüber, dass bereits am Folgetag für die nächsten drei Monate eine Einbehaltung von Leistungen in Höhe von 30 Euro durchgeführt würde. Damit wird von Seiten des Landkreises das soziokulturelle Existenzminimum ohne jede Rechtsgrundlage minimiert. Der Willkürakt wird dadurch auf die Spitze getrieben, dass in dem Schreiben das Einverständnis der Hilfeempfänger_innen vorausgesetzt wird. Sie könnten sich ja nachträglich im Rahmen einer Anhörung zu dieser Sache äußern.

Gemeint ist eine Anhörung nach § 24 SGB II. Darin ist unmissverständlich festgelegt, dass bevor ein Verwaltungsakt erlassen wird, den Betroffenen die Gelegenheit zu geben ist, sich zu äußern. Die Landkreispraxis ist insoweit eine ungeheuerliche Missachtung des Gesetzes.

Aber selbst in einem von Betroffenen angestregten gerichtlichen Verfahren wollte der Landkreis seine rechtswidrige Praxis nicht einsehen. Seine Ausrede: Man hätte ihn ja anrufen können, um eine andere Regelung hinsichtlich der Rückerstattung zu finden. Erst nach weiterer gerichtlicher Intervention zeigte er sich einsichtig und bestätigte dem Gericht gegenüber, dass die Einbehaltungen nicht länger vorgenommen werden.

Diese Einsicht bezog sich landkreisseitig jedoch lediglich auf zukünftige Einbehaltungen. Strittig war jedoch auch die Frage der bisher durchgeführten rechtswidrigen Einbehaltung. Das Gericht musste den Landkreis erneut anschreiben: Erst nach über einen Monat konnte im Rahmen einer einstweiligen Anordnung beim Sozialgericht Lüneburg eine Klärung herbeigeführt werden.



Offensichtlich wird vom Landkreis die Unerfahrenheit der Hilfeempfänger_innen ausgenutzt, um rechtswidrigerweise gesetzlich bestehende Ansprüche zu reduzieren. Was dagegen eingefordert werden muss: Diese Praxis ist zu beenden und in sämtlichen Fällen, in denen eine Verrechnung der Kindergelderhöhung durchgeführt wurde, ist diese rückgängig zu machen und die entsprechenden Auszahlungen zu tätigen.

Und ein letztes: Bei der Einbehaltung handelt es sich für die Betroffenen nicht um einen marginalen Betrag, sondern es geht für sie um einen Betrag, mit dem für mehr als zehn Tage der tägliche Ernährungsbetrag eines Kindes sichergestellt werden soll. Landrat Wiswe und Kreisrat Krüger haben so in wahrscheinlich hunderten von Fällen mal wieder die Speisekarte geschrieben: eine Woche lang Pellkartoffeln und Quark.

Jeunesse de demain auf Madagaskar

Madagaskar zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Noch 2003 belief sich der Anteil der Bevölkerung mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auf 49 %. Die viertgrößte Insel der Welt ist geprägt von bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Im Frühjahr 2009 kam es zu einem Regierungsumsturz gegen die Regierung Ravalomananas, dem persönliche Bereicherung, Korruption und Missmanagement vorgeworfen wurde. Andry Rajoelina, dem Bürgermeister von Antananarivo (Hauptstadt von Madagaskar) gelang es, das madagassische Militär auf seine Seite zu ziehen, sodass Ravalomanana abdankte und ins Exil flüchtete. Seit Ende März 2009 regiert so eine demokratisch nicht legitimierte Übergangsregierung unter Rajoelina, die international diplomatischen Sanktionen ausgesetzt ist. 1991 wurde von auf der Insel La Reunion lebenden Exilmadagassen die Hilfsorganisation „Jeunesse de demain“ (Jugend von morgen) gegründet. Sie vermittelte Patenschaften mit benachteiligten madagassischen Kindern, um diesen Schul- und Ausbildung zu ermöglichen. Durch verwandtschaftliche Beziehungen mit der Gründerin von Jeunesse de demain konnten auch in Deutschland Patenschaften vermittelt werden. Bakoly Riebau, die Schwester der Gründerin, nahm Kontakt mit dem Weltladen Celle auf, der seit 2003 kontinuierlich Hilfsprojekte der Kinderhilfsorganisation finanziell unterstützt.

So wurden seitdem in der Dorfschule Mananosy, auf dem Kirchhof des Dorfes und in zwei umliegenden Dörfern vier Wasserleitungen gebaut. Das Wasser ist sauber und gut zu genießen. Familie Riebau konnte sich persönlich davon überzeugen. Mit 50 € pro Monat unterstützt der Weltladen Celle die Schulspeisung für ca. 100 Schulkinder in Ambohibe. Die Kinder kommen z.t. ohne Nahrung aus weit entfernt liegenden Dörfern. Mütter kochen für die Schüler. Für den Schulgarten wurde ein Gemüsegarten und Obstbäume angelegt.



Außerdem wurden die mittellosen Schüler finanziell bei der Beschaffung ihrer Schuluniformen unterstützt. Zudem übernahmen Spendengelder die Bezahlung des Gehaltes für eine Lehrkraft. Die Eltern zahlen Schulgeld in Naturalien.

Für die Schule Mananosy-Antokomavo wurde ein neues Schulgebäude gebaut; zudem soll in die Schulmaterialien und die medizinische Versorgung investiert werden.

In zwei Dörfern gibt es Frauenorganisationen, die sich organisiert haben, um mit handwerklichen Erzeugnissen zu handeln. Die Landfrauen „Miavotra“ in Tsimahadry möchten zwecks Produktion von Seidenraupen Maulbeerbäume anpflanzen. Zudem benötigen sie einen



Dorfbrunnen. In Fenerive-Est gibt es ein Kinderdorf mit 20 Kindern. Die Leitung hat ein Lehrerehepaar. Zudem arbeiten obdachlose Frauen dort im Gemüseanbau, sie kochen und tätigen Flechtarbeiten. In Vatomandry gibt es ein Schulinternat mit Schulbibliothek. Es ist bekannt für seine Produktion von Vanillejoghurt für die Kantine und den Verkauf. Mit Spendengeldern wird weit entfernt lebenden Kindern der Schulbesuch ermöglicht.

Wer sich weiter über „Jeunesse de demain“ informieren möchte oder da investieren möchte, kann sich in Verbindung setzen mit: Bakoly Riebau, Ahnsbecker Straße 17, 29335 Beedenbostel, Tel.: 05145/22644, email: hriepau@t-online.de





Wir sind des Geyers schwarzer Haufen

Eine menschenleere Celler Innenstadt bei Nacht. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo (rührselig): Ach – die Frauen der Welfen ...

Klein Jonas: Welfen? Was ist das denn?

Oma Lilo: Ein Adelsgeschlecht wie die Stauffer oder die Habsburger. Die ehemaligen Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, die hier im Celler Schloss saßen, gehörten dazu, dann auch die hannoverschen Könige.

Klein Jonas: Und was ist mit denen?

Oma Lilo: Es gibt im Schloss gerade eine Ausstellung zu den Frauen der Welfen: „*Verlockend mächtig – mächtig verlockend*“ oder so.

Der lange Lulatsch (deklamiert): Es lebte einst das Adelspack, / vollgefressen, fett und satt, / auf Kosten ihrer Untertanen ... / angeblich auch in Gottes Namen.

Die Dicke (leicht indigniert): Frauen! Es geht um die Frauenrollen, also Eleonore d’Olbreuse und Sophie-Dorothea – ihre Möglichkeiten in absolutistischen Herrschaftsformen.

Der lange Lulatsch: Blaublütiger Feminismus, oder was?

Oma Lilo: Frauenschicksale halt, ist doch tragisch – die Prinzessin von Ahlden.

Klein Jonas: Was ist denn mit der?

Der lange Lulatsch: Sie hat ihren Ehemann, den späteren englischen König, Georg I., betrogen – er übrigens auch sie; aber sie wurde nach Ahlden verbannt und dient seitdem als Vorlage für rührselige Liebestragödien.

Der Besserwisser: Genau, die armen, ach so armen Adligen.

Oma Lilo: Was ist falsch daran, einen Blick zu werfen auf die Lebensverhältnisse adliger Frauen im ausgehenden Absolutismus?

Der Besserwisser: Es wird ausgeblendet, auf wessen Kosten sie ihr lustiges und luxuriöses Leben geführt haben: Die abhängige Landbevölkerung, die Bauersfrau und auch die Magd kommen in diesen Geschichten nicht vor. Höchstens in der zynischen Gleichmacherei, wonach die Niederkunft für Magd und Herzogin das gleiche Risiko barg – was quantitativ auch eher unwahrscheinlich ist.

Der lange Lulatsch: Und dann noch dieses nervige Residenzstadt-Getue. Das ist jetzt seit über 300 Jahren vorbei, und fast 100 Jahre hat der Adel in Deutschland ausgedient. Trotzdem kriecht ihm das Bürgertum bis heute in den Arsch. Peinlich.

Die Dicke: Es hält halt viel auf Glanz und Gloria.

Der Besserwisser: Und übersieht dabei den bestialischen Schatten der alten Herrschaft.

Die Dicke: Wie meinen?

Der Besserwisser: Auch von den ach so edlen Damen gibt es – meines Wissens – keine Äußerungen gegen die Folterpraxis des Göttergatten und Vaters.

Oma Lilo: Worauf spielst Du an?

Der lange Lulatsch: Selbstverständlich meint er Nickel List und seine Räuberbande. Die hatten 1698 in Lüneburg einen kostbaren Altar, die Guldene Tafel, geklaut; waren dann aber eingefangen worden. Die Celler Regierung hat die 12 festgenommenen Gauner erstmal martialisch foltern und dann nach allen Regeln der Kunst hinrichten lassen.

Der Besserwisser: Gerädert, gehenkt, geköpft. Einem der drei Juden unter den Dieben wurde, da er sich bei seiner Hinrichtung lauthals zu seinem Judentum bekannt hatte, anschließend noch die Zunge herausgerissen und verbrannt. Nebenbei nutzte die Herrschaft das Ganze so en passant zur Inszenierung eines kleinen antisemitischen Pogroms in der Blumlage. Jaja, die Blütezeit des Celler Hofes – da war noch was los in der Residenzstadt.

Die Dicke: Das weiß man so gar nicht, oder?

Der lange Lulatsch: Es ist wie immer bei derart unappetitlichen Angelegenheiten, man schaut halt lieber weg. Ach nein – damals war's als Hingucker inszeniert, großes öffentliches Event sozusagen.

Die Dicke: Aber heute vielleicht weniger tourismuskompatibel.

Der lange Lulatsch: Obwohl: Würde man das Diebesgut zusammentragen und mit zeittypischen Folterinstrumenten kontrastieren ...

Der Besserwisser: Das Elend liegt doch woanders. Das Celler Bürgertum hat kriecherisch über Jahrzehnte ihrem hannoverschen Königshaus hinterhergeweint. Wahrscheinlich ein nicht unbedeutender Grund, also dieses fehlende bürgerliche Selbstbewusstsein, warum Lüneburg, Braunschweig und Hannover unsere feine „Residenzstadt“ so erbarmungslos abhängen konnten.

Oma Lilo: Und du willst jetzt also „bürgerliches Selbstbewusstsein“?

Der Besserwisser: Bewahre. Aber findet ihr es wirklich witzig, wenn Supermen.de Heinrich von Hannover mit „Königliche Hoheit“ begrüßt?

Die Dicke: Wo denn das?

Der Besserwisser: Na bei der Ausstellungseröffnung.

Oma Lilo: Dabei legt er nicht einmal Wert darauf, der Prinz.

Der lange Lulatsch: Ich halt's nicht aus. Das ist mir völlig egal, worauf der „Herr von Hannover“ Wert legt oder nicht.

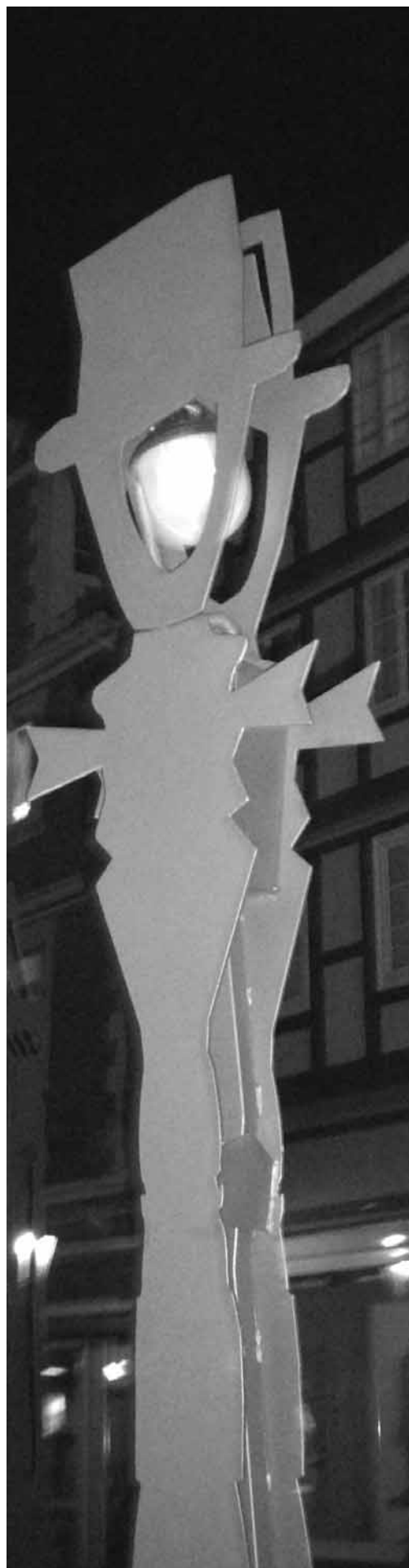
(fähngt an zu singen): Wir sind des Geyers schwarzer Haufen, /
Wir woll'n mit Pfaff und Adel raufen. / Als Adam grub und Eva spann,
/ Wo war denn da der Edelmann?

Klein Jonas: Cool – des „Geyers schwarzer Haufen“.

Der lange Lulatsch: Ja. Cool. – Florian Geyer und seine Bauernarmee haben den Adeligen richtig Feuer unterm Arsch gemacht.

Der Besserwisser: In der Tat - kein schlechtes Scheitern.

Die Dicke: Ähm, lass mich raten! Beckett, Samuel: „Wieder versuchen. / Wieder scheitern. / Besser scheitern.“



KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!

Am 24. April 2010 wird es unter dem Motto "KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!" eine große Anti-Atom-Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel und durch Hamburg geben. Mit zigtausend Teilnehmer_innen will die Anti-AKW-Bewegung auf 120 Kilometern ein starkes Zeichen für das Ende der Atomenergie und eine zukunftsfähige, ökologische Energiewende setzen. In Celle mobilisiert das Forum gegen Atomenergie für die Aktion.

Die Bundesregierung hat sich nach Informationen des Handelsblattes auf die Vorgaben für ein Energiekonzept festgelegt – mit Vorfahrt für Atom und Kohle. Vorbereitend sollen jetzt Szenarien durchgerechnet werden, die beinhalten, die Laufzeiten der Atomkraftwerke um bis zu 20 Jahre zu verlängern. Das „Brückentechnologie“-Gerede von Kanzlerin Merkel und Umweltminister Röttgen erweist sich als Lüge zur Beschwichtigung der Bevölkerung. Und Röttgen setzte noch eins drauf: Die Aufhebung des Moratoriums für das Atommüllendlager Gorleben ist ein Signal für die Durchsetzung dieses gänzlich ungeeigneten Konzepts.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Verantwortungslosigkeit der Regierungskoalition klar zu

benennen und mit einer Großaktion zum Tschernobyl-Tag und im Vorfeld der NRW-Wahl ein deutliches Zeichen zu setzen. Die Initiator_innen der Menschenkette haben deshalb die Aktion von vornherein für ein Bündnis mit politischen Parteien, Gewerkschaften und großen Umweltverbänden geöffnet. Und so sind als Trägerorganisationen dann eben auch dabei: SPD, Bündnisgrüne, LINKE, BUND, die Deutsche Umwelthilfe, der Bundesverband Erneuerbare Energien, IG Metall- und ver.di-Gliederungen im Großraum Hamburg usw.

Auf der Basis des Aufrufs hat das Celler Forum gegen Atomenergie Kontakt zu den lokalen Gruppen und Gremien der überregionalen Träger aufgenommen. Ziel ist es, über eine Annonce in der Celleschen Zeitung und eine Pressekonferenz die gemeinsame Gegnerschaft gegen die weitere Nutzung der Atomenergie herauszustellen. Bis zum Redaktionsschluss hatten sich dafür vor Ort Bündnisgrüne, DIE LINKE, die BI Südheide und ??? zusammengefunden.

Die von den Gruppen unterschriebene Aufrufpassage lautet: *„Wir stehen am energiepolitischen Scheideweg: Wird weiter auf Dinosauriertechnologien gesetzt – oder konsequent auf Erneuerbare Energien umgestiegen. Es ist an der Zeit, ein spektakuläres Signal an Bundesregierung und Stromkonzerne zu richten: Auf Atomkraft setzen? Nicht mit uns! Wir wollen raus aus einer Technologie, die ein verheerendes Unfallrisiko birgt, den Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert und Tausenden Generationen tödlichen Atommüll aufbürdet. Die Skandale um die Endlagerstandorte Asse und Gorleben zeigen: Das Problem des Jahrmillionen strahlenden Mülls ist völlig ungelöst. Die Alternativen sind längst da, sie müssen nur durchgesetzt werden. Die Zukunft ist erneuerbar – im Dreiklang von Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Energieeffizienz.“*

Am Dienstag, den 13. April, bietet das Forum gegen Atomenergie Interessierten die Möglichkeit, sich mit den Gefahren der Atomenergie auseinanderzusetzen. Als Referent eingeladen ist Uwe Harden von der BI gegen Leukämie in der Elbmarsch. Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr und findet statt im Neuenhäuser Gemeindehaus in der Kirchstraße.

Der Bus zur Menschenkette startet um 10.30 Uhr auf dem Celler Schützenplatz und fährt über Hermannsburg (11.00 Uhr) zunächst nach Geesthacht, wo der Celler Streckenabschnitt der Aktion ist, um im Anschluss noch die Abschlusskundgebung in Krümmel mitzunehmen. Die Kosten betragen 13 Euro (bzw. ermäßigt 8 Euro); eine Anmeldung ist erforderlich. Entweder unter: 05141-31566 oder forum-gegen-atomenergie@gmx.de



Energieversorgung in Eigenregie

Die energiepolitische Diskussion drehte sich in der jüngeren Vergangenheit in Celle zumeist um so spannende Fragen wie jene, wer welchen Anteil an der Weihnachtsbeleuchtung der Innenstadt zu tragen hat. Das wird sich ändern. Denn in den nächsten Monaten wird über die Zukunft der Energieversorgung in dieser Stadt entschieden. Dies hängt damit zusammen, dass die Konzessionsverträge für Strom und Gas neu ausgeschrieben sind. Jetzt ist der Stadtrat gefragt, aber nicht nur er: Wichtig wäre eine öffentliche Diskussion.

Bis vor 12 Jahren war die Energieversorgung ein Kerngeschäft der Kommunen. Entweder sie versorgten die Bürger_innen und Betriebe über eigene Stadtwerke oder diese Aufgabe war an ein regionales Versorgungsunternehmen abgegeben, wobei die Kommune – in der Regel – Anteile hielt. Das Ganze funktionierte, weil es geschlossene Versorgungsgebiete gab. Es konnte also jeweils nur ein Unternehmen in einem bestimmten Gebiet tätig sein. Eingefordert von der EU, war dies 1998 vorbei. Die Energiemärkte wurden dereguliert. Die Gebietsmonopole waren aufgehoben, unterschiedliche Energieanbieter konkurrieren seitdem um die Kund_innen. Gleichzeitig hat diese Deregulierung vor allem die großen vier Energiekonzerne gestärkt: E.on, Vattenfall, EnBW und RWE beherrschen heute den Markt.

In Celle wurden 1999 auf Betreiben des damaligen Oberstadtdirektors Martin Biermann die Stadtwerke zu verkauft. Und zwar an die E.on-Tochter AVACON. Gute Argumente für einen Verkauf gab es kaum – für die einen war es der reine Privatisierungsfetisch, andere hatten die Sorge, die kleinen Stadtwerke könnten im Wettbewerb nicht bestehen. Heute kann mit Fug und Recht von einer Fehlentscheidung gesprochen werden. Doch jetzt besteht die Chance zu einer Korrektur. Das Stichwort heißt Rekommunalisierung, der Türöffner ist die Neuvergabe der Konzessionsverträge.

Um was geht es dabei. Die Städte und Gemeinden treten im Konzessionsvertrag das Recht für die Nutzung der öffentlichen Wege und Plätze zum Aufbau und Betrieb eines Versorgungsnetzes an ein Energieversorgungsunternehmen ab – oder aber sie besorgen den Netzbetrieb in eigener Regie.

Aktuell ist die Konzession an die Stromversorgung Osthannover (SVO) abgetreten; dafür bekommt die Stadt Celle etwa 4 Mio. Euro jährlich. Die SVO muss dafür das Netz intakt halten; und sie kassiert Durchleitungsgebühren für jede kWh, die durch dieses Netz geliefert wird. Sowohl die Konzessionsabgabe wie die Durchleitungsgebühren sind im Prinzip festgelegt; es ist insofern kein Geschäft, mit dem die hohen Renditen zu erzielen wären, aber absolut sichere.

Das Hauptproblem liegt darin, dass zum Betrieb in Eigenregie das Netz (also Stromleitungen, Verteilerstationen etc.) zurückgekauft werden muss. Denn das war es, was die Stadt im Rahmen der Privatisierung verkauft hat. Dafür hatte man seinerzeit Aktien im Wert von 94 Mio. DM bekommen, die aktuell eine Börsennotierung von gut 60 Mio. Euro haben. Der Rückkauf wäre also machbar. Nur: Kann der Gewinn aus dem Netzbetrieb die Einnahmen aus Konzessionsabgabe und Aktien-Dividende (etwa 6 Mio. jährlich) ersetzen?

Aus energiepolitischer Sicht wird die Rekommunalisierung richtig interessant aber erst, wenn die Stadt auch wieder zum Energiehändler und Energieproduzenten wird. Denn nur dann gibt es einen weitergehenden Einfluss auf die kommunale Energiepolitik.



Im Stadtrat werden zur Zeit alle Optionen unter Einschaltung von Expert_innen beraten. In einem Workshop, der von der Gesellschaft KommunalPartner durchgeführt wurde, schälten sich als Handlungsoptionen heraus: Die „Rekommunalisierung in Eigenständigkeit“ und „Rekommunalisierung mit einem kommunal orientierten Partner“ rangieren nahezu gleichwertig mit großem Vorsprung vor den Handlungsoptionen „Markante SVO-Beteiligung“ und „Rekommunalisierung mit konzernorientiertem Partner“.

Die Empfehlung im Workshop lief darauf hinaus, tatsächlich entweder wieder eigene Stadtwerke an den

Start zu bringen oder dies mit einem regional orientierten Partner zu tun. Der bisherige Konzessionsnehmer SVO schnitt unter Berücksichtigung der angestrebten Ziele schlecht ab, ebenso wie die Zusammenarbeit mit e.on oder einem anderen der großen Energiekonzerne.

In dem der revista vorliegenden Protokoll des Workshops werden als „erste Ansätze für eine Zielausprägung eines möglicherweise neu entstehenden Stadtwerkes“ u.a. festgehalten:

„- durch Übernahme der Energienetze und Hinzufügen weiterer geeigneter Geschäftsfelder eine Grundlage für rentable versorgungswirtschaftliche Aktivitäten zu legen

- die ökologische Entwicklung der Kommune bezüglich aller energieverbrauchenden Zielgruppen aktiv zu unterstützen und lokale/regionale Primär- und Sekundärenergiequellen in ein kommunales Versorgungskonzept zu integrieren

- durch zukünftige Versorgungsüberschüsse vorhandene und neue unrentable Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu alimentieren (steuerlicher Querverbund) [...]“

Diese Orientierung liegt voll auf der Linie der aktuellen Rekommunalisierungsdiskussion, die DIE LINKE im vergangenen Jahr mit einem Ratsantrag aufgenommen hatte. Jetzt haben auch die SPD und die Bündnisgrünen Anträge gestellt.

Der Antrag der Bündnisgrünen von Mitte Februar

bleibt hinsichtlich der Organisationsform vage. Als Ziel wird u.a. ausgegeben: „Vorrangige Aufgabe ist die CO 2-Minderung durch Erschließung erneuerbarer Energien, die Schaffung dezentraler Versorgungsstrukturen und umfassende Beratung zur Energieeinsparung.“ In der Begründung findet sich ein Finanzierungsvorschlag, der scheinbar das Aktienpaket der Stadt nicht angreifen will: „Die Finanzierung der Übernahme ist durch Kreditaufnahme des neu zur schaffenden städtischen Energieversorgers zu sichern.“

Die SPD hat sich in einem scheinbar schon festgelegt: Sie will die Rekommunalisierung mit einem „Partner“ angehen, also nicht im Alleingang. In ihrem Antrag vom März heißt es hierzu: „Bei der Auswahl eines Partnerunternehmens sind auch Standortnähe und die Sicherung lokaler Arbeitsplätze im Energiebereich zu berücksichtigen.“ Letzteres könnte auch so „missverstanden“ werden, dass eine Kooperation mit der SVO für die SPD im Bereich des vorstellbaren liegt. Da sollte die SPD schnell Klarheit über ihre Priorität schaffen.

Unterstützung findet Befürworter_innen einer Rekommunalisierung zwischenzeitlich durch die Ortsmitgliederversammlung der Gewerkschaft ver.di. Dort wurde am 11.3. einstimmig beschlossen, „den Oberbürgermeister und den Stadtrat auff[zufordern], die erforderlichen Schritte für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung in der Stadt Celle einzuleiten und umzusetzen.“

Bundesregierung betreibt absurde Gleichsetzung

Links? Rechts? Total Extrem!

Immer wieder müssen jene, die sich seit Jahren und Jahrzehnten gegen Rechtsextremismus engagieren, sich anhören, sie seien doch selbst Extremisten. Ausdrücklich nennt sich etwa der Bürgerzusammenschluss in Eschede „Arbeitskreis gegen Extremismus“. Und so wurde von Antifaschist_innen vor Ort schon genau verstanden, wen Eschedes Pastor Christoph von Butler zu Beginn der "Lichter gegen Extremismus" im Dezember 2009 mit folgendem Satz meinte: "Wir wollen ein buntes Miteinander, kein braunes und kein rotes." In der letzten revista hatten wir nicht den Platz, uns damit auseinanderzusetzen. Deshalb kommt uns dieser sauber argumentierende Artikel aus der kleinen Zeitschrift „Antiberliner“ um so gelegener. – die red.:

Die Debatte um den Haushalt von Familienministerin Kristina Schröder, in dem die Mittel für die "Programme gegen Extremismus" enthalten sind, sorgte ein weiteres Mal für die Verharmlosung von rechter Gewalt. Denn die Gleichsetzung von so genannten "Links- und Rechts-extremen" entbehrt jeglicher Grundlage.

Was bereits in der Koalitionsvereinbarung der neuen schwarz-gelben Bundesregierung ausgehandelt wurde, nämlich dass "die Aufgabefelder des Fonds für Opfer

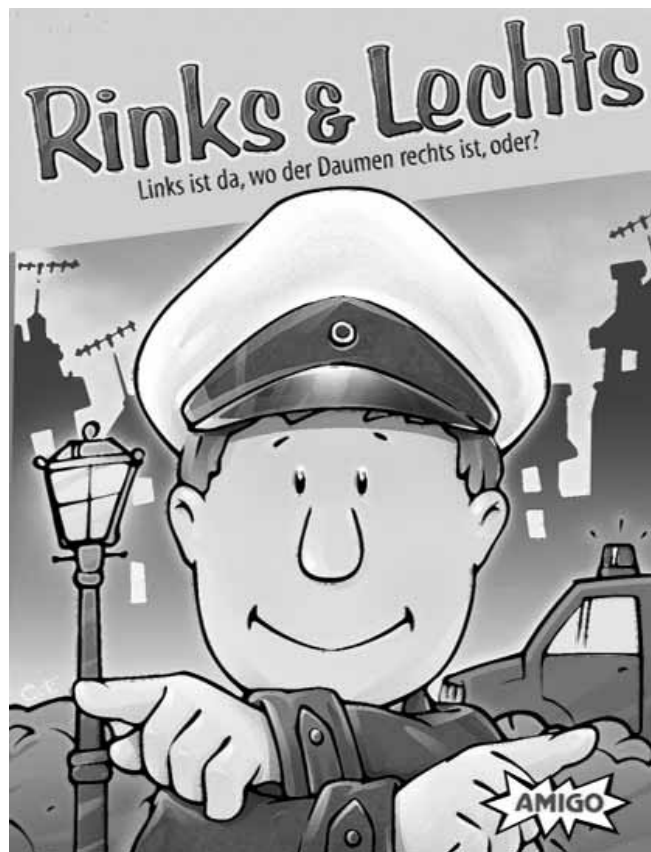
rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden", nimmt nun Gestalt an. Die bisher von der Bundesregierung geförderten Programme gegen Rechtsextremismus sollen in "Extremismusbekämpfungsprogramme unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen" umfunktioniert werden.

Jetzt geht es um konkrete Mittel. So sollen zwei Mio. Euro, die angeblich noch aus dem Etat der chronisch unterfinanzierten Programme gegen Rechtsextremismus des letzten Jahres stammen, in zwei Pilotprojekte gegen "Linksextremismus" und Islamismus gesteckt werden. Nach Ansicht der Familienministerin ein völlig normaler Vorgang: "Es ist doch selbstverständlich, dass wir gegen alle Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorgehen. Es gibt keine guten Extremisten." Dass sich derartige Positionen auch in der Sozialdemokratie wieder finden, demonstrierte bereits Berlins Innensenator Ehrhart Körting, indem er sich auf den SPD Nachkriegsvorsitzenden Kurt Schumacher bezog und gegen "rotlackierte Faschisten" hetzte. [...]

Die im herrschenden Diskurs gebrauchten Begriffe "Rechts- und Linksextremismus" werden durch die Extremismustheorie definiert. Sie suggeriert eine Bedrohung der Demokratie durch verschiedene "Extremisten" und vermittelt, dass eine politische Mitte der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar unterscheiden lässt. Demnach sind rassistische Einstellungen beispielsweise Ausdruck der Extreme, aber sicher kein Problem der Mehrheitsgesellschaft. Einer der einflussreichsten Protagonisten der Extremismustheorie ist Eckhard Jesse, der unter anderem vom Verfassungsschutz, der Bundeszentrale für politische Bildung, der CDU und der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung finanziert wird. Sein Ansatz ist wissenschaftlich umstritten und wird von renommierten Sozialwissenschaftlern wie Richard Stöss, Christoph Butterwegge, Elmar Brähler und Oliver Decker abgelehnt. Kritisiert wird hierbei unter anderem, dass sich der Extremismusbegriff empirisch nicht halten lässt. Um beim Beispiel zu bleiben: Empirische Studien gehen davon aus, dass über 30 % der Bevölkerung rassistisch eingestellt sind. Der von Jesse definierte "Extremismus" ist also offensichtlich auch ein Problem der demokratischen Mitte.

So richtig neu ist die Extremismustheorie nicht, bedient sie sich doch wesentlicher Elemente der aus dem "Kalten Krieg" bekannten Totalitarismustheorie. Ursprünglich entwickelt wurde diese Theorie in den zwanziger Jahren in Italien. Von einigen Konservativen wurde aufgrund angeblich revolutionärer Züge des italienischen Faschismus behauptet, dass der Faschismus große Ähnlichkeit mit dem Bolschewismus habe. Auch in Deutschland wurde diese "Rot gleich Braun"-These sowohl von Konservativen als auch von einigen Sozialdemokraten als politische Propaganda verwendet. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurde es aus verständlichen Gründen sehr still um die Totalitarismustheorie. Dies ändert sich allerdings mit dem Beginn des "Kalten Krieges". Nun wurden die Ostblockländer und speziell die Sowjetunion mit dem Nationalsozialismus verglichen und die Totalitarismustheorie hielt Einzug in die Lehrpläne der Schulen und Universitäten. Das Verbot der KPD 1956 beispielsweise wurde mit den "Erfahrungen" begründet, die man im Kampf mit "diesen totalitären Systemen" habe. Zwar gab es bereits in den fünfziger und sechziger Jahren von wissenschaftlicher Seite massive Kritik an der Theorie, doch erst mit der "Entspannungspolitik" der siebziger Jahre verlor diese an Bedeutung. Nach dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten schenkte die "DDR-Forschung" der Totalitarismustheorie wieder Beachtung und zog Parallelen zwischen Hitler und Honecker oder der Gestapo und der Stasi. Und dies ungeachtet dessen, dass sich derartige Vergleiche wissenschaftlich in keiner Form halten lassen.

Die aktuell inszenierte Gleichsetzung von "links- wie rechtsextremem Gewalt" ist nicht weniger absurd, denn die Motive und Ziele gegen die sich Gewalttaten bei Linken und Rechten richten sind grundverschieden. Neonazis gehen von einer unterschiedlichen Wertigkeit



der Menschen aus, verorten sich selbst in der höchstwertigen Gruppe und legitimieren so ihre Gewalt gegen vermeintlich Minderwertige. Mit welcher Brutalität und Skrupellosigkeit die Gewalttaten von Rechten begangen werden, davon zeugen die mehr als 140 Todesopfer seit 1990 in Deutschland. Der Bielefelder Konflikt- und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer spricht auch von einer "gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" bei "Rechtsextremen". Sie lässt sich unmittelbar auf deren Ideologie zurückführen, deren zentrale Aspekte folgende sind: Autoritarismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, eine Abwertung von Behinderten und Obdachlosen und eine Art von Etabliertenvorrecht, bei dem die "Alteingesessenen" mehr Rechte besitzen sollen als die "Zugezogenen". [...]

Im Gegensatz zu Neonazis gehen Linke von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus und setzen sich für eine gewalt- und herrschaftsfreie Gesellschaft ein. Grundsätzlich lehnen Linke somit Gewalt ab, denn diese beinhaltet immer auch ein Repertoire an autoritären, repressiven und regressiven Momenten. Linke Militanz steht somit in einem Widerspruchsverhältnis und erfolgt in dem Bewusstsein, dass Militanz nur so lange Bestand haben darf, wie die Linke zur Durchsetzung der eigenen (Teil-) Ziele auf eben solche Mittel zurückgeworfen ist. Sprich so lange wie sie in einer bürgerlichen Gesellschaft agiert, die sowohl in ihrer Konstitution und Geschichte gewaltsam gewesen ist und deren Herrschaftsformen gewaltförmig angelegt sind. Dem eigenen Selbstverständnis folgend sollte nur dort linke Militanz vonnöten sein, wo bereits alle anderen Mittel nicht mehr greifen können, weil ihnen mit Gesetz und Polizei die formierte

staatliche Gewalt entgegensteht. Linke Militanz sollte somit immer als Konsequenz rationaler Entscheidungen erfolgen und bedarf politischer Begründungen. Gegenwärtig richtet sich linke Militanz vor allem gegen staatliche Zwangsapparate, rassistische Gewalt und soziale Verelendung und findet ihren Ausdruck hauptsächlich in Gewalt gegen Sachen. Militante Aktionen gegen Nazis und Polizisten erfolgen in einem wesentlich geringeren Maß und selbst diese Aktionen verlaufen anhand selbst gesetzter Grenzen, dass kein Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden sollte. Die Konsequenz dieses Selbstverständnisses ist, dass seit 1990 den mehr als 140 Todesopfern rechter Gewalt und den ungezählten Toten, die die gesellschaftliche Mitte durch Kriege und Polizeieinsätze zu verantworten hat, nur ein einziges Todesopfer linker Militanz gegenübersteht. Dabei handelt es sich um den Neonazi Gerhard Kaindl. Sein Tod führte in der linken Szene zu einer intensiven Diskussion über die Verhältnismäßigkeit von Gewalt, wovon auch etliche Veröffentlichungen zeugen. Mehrheitlich wurde argumentiert, dass Militanz kritisch reflektiert werden muss und sich nicht verselbständigen darf. Für die rechte Szene oder öffentliche Debatten über Polizeigewalt und Bundeswehreinätze wäre eine derartige Debatte völlig untypisch.

Die Programme gegen "Rechtsextremismus" nun auch gegen "Linksextremisten" anwenden zu wollen, ist also auch in der Praxis völlig sinnlos. Denn so genannte Präventivprogramme gegen "Rechtsextremismus" können Jugendlichen vermitteln, dass ein Mensch nicht weniger wert ist, weil er eine andere Hautfarbe hat, einer anderen Religion angehört oder aus anderen sozialen Verhältnissen kommt. Wie aber soll diese Präventivarbeit gegen "Linksextremismus" aussehen? Sollen die Programme etwa vermitteln, dass es gut ist, in anderen Ländern Kriege zu führen, durch Mieterhöhungen weniger Wohlhabende aus dem Stadtzentrum zu verdrängen oder den Neonazi zu tolerieren, der einem gerade den Schädel einschlagen will? Und was für einen Sinn macht etwa ein Aussteigerprogramm für die linke Szene, in der jeder nach Lust und Laune aufhören kann aktiv zu sein?

Nicht zuletzt werden die Programme gegen "Linksextremismus" an den gleichen Problemen kranken, wie die Programme gegen "Rechtsextremismus": Sie sind darauf ausgerichtet, Symptome zu bekämpfen, nicht aber die Ursachen.

Jugendlichen in Programmen die Gleichwertigkeit aller Menschen zu lehren, damit sie nicht zu Neonazis werden, ist nichts als Sisyphusarbeit in einer Gesellschaft, die nach dem Konkurrenzprinzip organisiert ist und daher täglich Armut und Ungleichheit produziert. Dies gilt besonders dann, wenn diese Verhältnisse regelmäßig durch Medien und Politiker der "demokratischen Mitte" legitimiert werden, die vermeintlich faule Arbeitslose, Muslime und andere Minderheiten stigmatisieren.

Aus: Antiberliner. Basisdemokratischer Bastelbogen, Febr./März 2010 Nr. 25, S. 4-5.

Links? Rechts?

Wie das in Celle aussieht!

Der Landkreis Celle sieht, wer hätte es vermutet, da ebenfalls keine Unterschiede. Gerade hat er einen Fragebogen breitflächig verschickt, mit dem er eine „Bestandsaufnahme von Erscheinungsformen des politischen Extremismus im Landkreis Celle“ ermitteln möchte. „Um den vielfältigen Erscheinungsformen wirksam begegnen zu können, muss dabei jede Form von Extremismus, ganz egal, ob von Links oder Rechts, in den Blick genommen werden.“ So steht es in dem Anschreiben, das sich an Menschen richtet, „die haupt- und ehrenamtlich mit jungen Menschen arbeiten“ - in Schulen, gemeindlichen Jugendtreffs, Vereinen und Jugendgruppen. Die Absicht ist, Aufschluss darüber zu gewinnen, „ob und wie der Landkreis ggf. ergänzend bzw. koordinierend weitergehend tätig werden sollte.“

Die Haupt- und Ehrenamtlichen werden gefragt, ob es in ihrem Bereich extremistische Tendenzen gibt und welche Form von „Extremismus“ beobachtet oder vermutet wird: Rechtsextremismus, Linksextremismus, Ausländerextremismus, islamistischer Extremismus, Antisemitismus oder Sektentätigkeit. Auch soll angegeben werden, wie sich „extremistische Tendenzen“ zeigen (Schmierereien an Häuserwänden, Plakate etc.), wo sie auftreten und durch wen sie verbreitet werden (Altersgruppe, namentlich bekannte Personen, ortsfremde Personen).

Dann gehen die Fragen in die Richtung, was dagegen getan wurde, mit der Bitte um genauere Bezeichnung der Aktion (Veranstaltung, Mahnwache o.ä.) samt Datum und Kontaktperson. Es wird gefragt, ob für die „Extremismusbekämpfung“ Gelder beantragt wurden und wenn ja wo, ob die befragte Person vergleichbare Projekte andernorts im Landkreis oder darüber hinaus kennt, ob sie an weiteren Informationen interessiert ist und für welche Zielgruppe diese Informationen aufbereitet werden sollen.

Weiter wird ermittelt, ob bei Maßnahmen gegen „Extremismus“ mit Behörden oder Fachstellen zusammengearbeitet wurde oder ob dies in Zukunft geplant ist. Angekreuzt werden kann: Verfassungsschutz, Polizei Landkreis Celle, Landespräventionsrat, Stadt Celle, Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus Braunschweig, andere.

Die Befragten sollen ja nur aus ihrem Bereich Bericht erstatten. - Unser Bereich ist Politik und Kultur in Celle, da fallen uns durchaus „Tendenzen“ auf. Nach Lektüre des Artikels „Hungern wegen Leistungsverweigerung?“ auf Seite 6 könnten wir glatt auf die Idee kommen, dass der Landkreis von einer Ungleichwertigkeit von Menschen überzeugt ist; sein obendrein auch noch rechtswidriges Handeln legt diese Vermutung nahe. Und diese Sichtweise ist nun einmal Merkmal „rechter Tendenzen“. Aber mit wem sollen wir wegen dieses Problems zusammenarbeiten? Mit dem Landkreis Celle? Völlig absurd. Aber vielleicht würde der Landkreis Aufschluss darüber gewinnen, „ob und wie (er) ... weitergehend tätig werden sollte“.

Aber uns fragt ja ohnehin niemand.



Cheers!

Da sind wir. Das neue Zeitungsprojekt in der Revista, die Zeitung in der Zeitung. Wir sind eine kleine Gruppe jüngerer Menschen, die in Zukunft versuchen wird die inneren vier Seiten der Revista zu gestalten. Das hier ist unsere erste Ausgabe, in der wir uns mit dem Tag der Niedersachsen und den polizeilichen Repressionen auf der letzten Anti-Nazi-Demo in Eschede beschäftigen. Zwar gibt es noch keinen Titel, wir hoffen aber trotzdem, dass euch die vier Seiten gefallen und wir euch in der nächsten Revista die zweite Ausgabe präsentieren dürfen (dann evtl. auch mit mehr Seiten und Illustrationen)!

Der Tag der Niedersachsen vom Sinn und Unsinn

Wer vom 18. bis zum 20. Juni diesen Jahres nach Celle kommt, wird auf komische Dinge treffen. Da werden Menschen mit wunderlichen Kostümen durch die Stadt tanzen, Hubschrauber in den Straßen stehen, eklige Fahnen wehen, ein fragwürdiges kulturelles Programm geboten und betrunkene Deutschland-Fans mit tapferen Soldat_innen Fußball gucken. Igitt, was soll das, fragt ihr euch? Ganz einfach: Tag der Niedersachsen!

Alljährlich findet dieses Spektakel in verschiedenen Städten unseres achso schönen Bundeslandes statt und Celle hat nun die zweifelhafte Ehre bereits zum zweiten Mal Ausrichter zu sein. Passt ja auch so toll. Zum 30-jährigen Jubiläum kehrt dieses Volksfest dahin zurück, wo die Erfolgsgeschichte 1981 begonnen hatte. Nachdem sich Celle schon im letzten Jahr auf dem Tag der Niedersachsen in Hameln präsentieren konnte, werden nun diesen Sommer bis zu 300.000 Besucher_innen und über 150 Veranstalter_innen hier erwartet. Darunter u.a. verschiedenste Radiosender, der Landestrachtenverein und die Bundeswehr.

Vorsitzender des Kuratoriums zur Vorbereitung ist im Übrigen der niedersächsische Innenminister Uwe Schönemann, allseits bekannt durch seine rassistischen Ausfälle und seine sicherheitspolitischen Spinnereien.

Das klingt zwar schon alles langweilig, doof und wie eine Rentner_innenveranstaltung, also genau nach Celle, würde aber nicht stattfinden, wenn es nicht so viel Sinn und Nutzen für die Veranstalter_innen hätte.

Ganz oberflächlich ist zu sagen, dass das ganze Fest mehrere Hunderttausend Euro kosten wird, die um einiges sinnvoller in andere Projekte investiert werden könnten. Statt funktionierender Jugendarbeit oder Unterstützung sozial schwacher Menschen wird das Geld so lieber in die Selbstinszenierung der Stadt gesteckt, die somit drei Tage lang in einen nervigen Ausnahmezustand verwandelt werden wird.

Der Tag der Niedersachsen solle das "Landesbewusstsein und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Niedersachsen festigen", wie aus einer Pressemitteilung der Stadt hervor geht. Das hört sich erstmal recht harmlos an, ist aber purer Patriotismus.

Wozu brauche ich ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit Menschen, mit denen mich nicht mehr verbindet als das sie zufälligerweise im selben Bundesland wohnen? Warum soll ich mich mit diesen Menschen mehr verbunden fühlen, als mit denen die fünf Meter hinter der Grenze leben? Was habe ich mit Frietjof aus Ostfriesland zu tun?

Nichts, natürlich, weil Niedersachsen eine völlig abstrakte Idee ist, die hauptsächlich funktioniert, weil Millionen Menschen daran glauben und sie tagtäglich reproduzieren. Und weil es Dinge wie den Tag der Niedersachsen gibt, die in diesem Sinne identitätsfestigend wirken.

Und was soll eigentlich ein Landesbewusstsein sein? Nur der Glaube, dass ich Teil dieses abstrakten Ganzen bin oder auch die Identifikation mit diesem Land?

Ich möchte mich nicht mit einem Bundesland identifizieren, in dem Menschen jeden Tag unter strukturellen und direkten Diskriminierungen zu leiden haben - etwa Flüchtlinge unter unwürdigen Verhältnissen oder Schüler_innen und Studierende in selektiver Bildungspolitik.

Wer ist dieses Niedersachsen und was will es von mir?

In der gleichen Pressemitteilung schreibt die Stadt, der Tag der Niedersachsen mache „Werbung für das Land in seiner ganzen Vielfalt, seinen Traditionen und seiner inhaltlichen Tiefe“. Vielfalt wird nicht gerade dadurch gefördert, dass unterschiedlichste Menschen zu einem gleichmacherischen Kollektiv, den Niedersachsen, gefasst werden. Und wozu brauchen diese vielfältigen Menschen gemeinsame Traditionen? Was sollen das für Traditionen sein, die mich zu einem Niedersachsen machen? Etwa Plattdeutsch, Grünkohl, Spargel & die VW-Currywurst? Oder habe ich etwa eine Verbindung zu irgendwelchen Herzögen, die hier vor hunderten Jahren über die Felder rockerten? Das ist wahrscheinlich auch die inhaltliche Tiefe, von der in der Pressemitteilung gesprochen wird, die ja sonst in nichts weiter besteht als Menschen das Gefühl zu geben, sie würden irgendwie zusammengehören.

Um das ganze Niedersachsen-Patriotismus-Ding glaubhaft zu machen scheuen die Veranstalter_innen keine Mühen. So erwartet uns u.a. ein Niedersachsen-Koch-Duell, die Erlebniswelt Mittelalter und der große Trachtenumzug, welche für sich genommen, auch spaßig und individuell erfüllend sein können, hier aber für die Identitätsstiftung missbraucht werden. Mittelaltermärkte sind genau so wenig "typisch niedersächsisch" wie Trachtenumzüge, Plattdeutsch oder alles andere, dennoch wird suggeriert, dass sie das Land und die Menschen in ihm charakterisieren.

Weil aber nicht nur Niedersachsen so unglaublich toll ist, bekommt die ganze Feierei noch

einen lokalpatriotistischen Einschlag. Schließlich kann sich Celle, wo laut offiziellem Flyer einst „Fürsten, Herzöge und sogar Könige“ feierten, als „Stadt mit Energie“ präsentieren. Und die Veranstalter_innen geben auch ganz offen zu, dass sie sich vor allem bundesweite Aufmerksamkeit, einen hohen Werbeeffekt und die Chance, die Stärken Celles herauszustellen, versprechen. Eine interessante Prioritätenverteilung guck ich mir die Errungenschaften für die Celler Bürger_innen in den letzten Jahren an. Während es den Anschein hat, dass für die Tourismusregion Celle gearbeitet wird bis die letzten Gelder erschöpft sind, kommen Celler_innen hier etwas kürzer. Kein funktionierenden Förderungen des Einzelhandels, keine richtige Lebensmittelabteilung in der Innenstadt mehr, kein gefördertes Kulturangebot für Menschen, die sich kein Jahresabo im Schlosstheater leisten können. Es gibt weder genug Geld für Schulen, Kindertagesstätten noch für Jugendzentren. Aber ein Fest für mehrere Hunderttausend Euro kann sich die Stadt leisten, um "attraktiver für den Tourismus" zu wirken

„Celle – da will ich hin!“

Wie bei fast jeder größeren Veranstaltung kann es auch die Bundeswehr nicht lassen, sich am Tag der Niedersachsen als „normaler“ Teil der Zivilgesellschaft zu inszenieren. So wird neben Festmeile, Gala des Sports und Gottesdienst auch eine Bühne der Militärist_innen zu finden sein. Wie gewohnt wird versucht sich möglichst harmlos zu geben, sodass sich die interessierten Bürger_innen die Konzerte des Musikkorps anhören können oder sich über Technik und Leistungsfähigkeit der

mitgebrachten Hubschrauber informieren können. Dass Deutschland Krieg führt und die Bundeswehr verantwortlich ist für das Töten zahlreicher Menschen, wird dann ganz schnell mal vergessen. Wie in den Jahren zuvor wird sich die Bundeswehr wohl auch dieses Jahr als attraktiver Arbeitgeber präsentieren und um neue Kamerad_innen werben, soziales Engagement heucheln und Einblicke in ihre Militärtechnologie gewährleisten. Selbstverständlich soll der „große Eventbereich“ die Militärist_innen „positiv und dynamisch“ darstellen, so die Veranstalter_innen. Celle ist schließlich „stolz auf den Auftritt der Bundeswehr“.

Auch bleibt der Bundeswehr das absolute Highlight vorbehalten. Sie darf an ihrer Bühne ein WM-Spiel der deutschen Nationalmannschaft zeigen – Public Viewing an der Heimatfront also. Der begeisterte leidenschaftliche Fan kann somit nach dem ganzen Niedersachsen-Taumel ein wenig mit Deutschland entspannen. Ist ja auch ganz clever; denn wer sich so leicht für das konstruierte Wir-Gefühl bei Spielen der Nationalmannschaft begeistern kann, ist auch bei einem Kampf für "deutsche Interessen" schnell dabei. Ekelhaft! Vorrundenaus!

Natürlich sind jetzt nicht alle Fragen zum Tag der Niedersachsen geklärt. Auch bestimmte Kritiken daran sind sicherlich nicht in ihrer Tiefe erfasst. Das Thema stellt sich bei genauerer Betrachtung sehr komplex dar. Wir sind hier also auch noch nicht fertig. Nachdenken können jetzt alle die Lust dazu haben.

UNS REICHT ES SCHON LANG! Polizeiliche Repression in Eschede

Seit einigen Jahren werden in der Gemeinde Eschede im Landkreis Celle antifaschistische Stimmen laut – gegen die regelmäßigen Treffen der norddeutschen Neonaziszene auf dem Hof des NPD-Mitglieds und Landwirts J. Nahtz. Im Folgenden wollen wir auf die polizeiliche Repression anlässlich der Proteste gegen die Wintersonnwendfeier der Neonazis auf Hof Nahtz im Jahr 2009 eingehen. Die Schilderungen der Repressionen stehen beispielhaft für das Vorgehen der Polizei bei den vorangegangenen Protesten in Eschede, welche erfahrungsgemäß friedlich abliefen und mittlerweile eine Teilnehmer_innenzahl von knapp 300 Personen erreicht haben.

Die Abänderung der geforderten Route war der Wiederbeginn der alljährlichen Prozedur polizeilicher Behinderung antifaschistischen Widerstandes: Die ursprüngliche Route wurde also wie gewohnt, so stark eingeschränkt, dass es nicht möglich war, den menschenfeindlichen Neonazis in Hör- und/oder Sehweite zu zeigen, dass wir sie in Eschede und sonst wo nicht haben wollen. Die Begründung für die Änderung war, dass die L241 freigehalten werden sollte. Die Polizei spekulierte auf eine Sitzblockade der Protestler_innen. Bei Zweistelligen Minustemperaturen

Landwirte, die ihre Felder für die Demonstration zur Verfügung gestellt hätten wurden von Landtagsbeauftragten höchstpersönlich besucht und es wurde ihnen unmissverständlich zu verstehen gegeben, mit was für bösen Menschen sie sich einlassen würden. Mit wem denn? Mit Menschen, die sich nicht damit abfinden, dass sich die gesamt-norddeutsche Neonaziszene trifft und vernetzt, und die deutlich ihren Unmut demgegenüber äußern. Am Tag der Demonstration begann das Polizeispektakel bei der Anreise mit dem Auto: Hinter Oldendorf wurden pauschal alle Autos kontrolliert und die Fahrer_innen hinsichtlich ihrer Motivation nach Eschede zu fahren befragt – wer zur Gegendemonstration wollte, wurde genötigt einen Umweg über Unterlüß oder Celle nach Eschede zu fahren. Ähnlich bei der Anreise per Zug: Alleine fahren musste niemand, die Polizei stellte reitwillig die Begeleitung. Und unvorbereitet war diese nicht. Ausgestattet mit im Vorhinein angefertigten Papieren, auf denen Personalien, sowie Fotos bekannter Antifaschist_innen aufgelistet waren, wurden fleißig Leute ausgespäht. Auch am Celler Bahnhof war die Polizei präsent und schikanierte in den Zug-Steigende mit einem Blitzlichtgewitter, welches von den Protestler_innen sicherlich nicht gewollt war.

Um ganz sicher zu gehen, kontrollierte die Polizei in Eschede direkt weiter. Ankommende Autos wurden unter die Lupe genommen und ihre Insass_innen überprüft. Zugfahrer_innen wurden unter Polizeigeleitung auf dem Bahnhofsvorplatz, durch Gitter eingezäunt, festgehalten und durchsucht. Hierbei genügte es jedoch nicht mal die

Ankommenden über der Kleidung abzutasten – mensch sollte sich freimachen! Dies wäre auch ohne die herrschenden Temperaturen eine Zumutung gewesen. Ebenfalls genügte es den Beamt_innen auch nicht, Personalien schlichtweg aufzunehmen, bei dem Großteil fand eine Karteiabfrage statt. Resultat der großflächig angelegten Personenkontrolle war, dass der Demonstrationzug erst anderthalb Stunden nach genehmigtem Zeitpunkt starten konnte. Während der Demonstration – die Öffentlichkeit schaffen soll – übten sich die Polizist_innen in Formationslauf: Sie liefen im Spalier nebenher. Warum wird die Außenwirkung eines Protests durch die Polizei dermaßen aggressiv dargestellt, somit total verfälscht? Aufforderungen seitens der Demonstrationsteilnehmer_innen das Spalierlaufen sein zu lassen, wurden bezeichnenderweise schlichtweg ignoriert. Um diesen Protest als Highlight, vor allem aber die anwesenden Personen, keinesfalls in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde alles via Camcorder der Polizei abgefilmt. Auch darüber wurde unüberhörbar Protest geäußert und auch hier waren den Beamt_innen die Aufforderungen völlig egal. Betrachtete mensch Eschede an diesem Tag, lag der Schluss nahe, dass die Gemeinde sich in einem Ausnahmezustand befände: Bereits an den verschiedenen Zufahrtsstraßen hatte die Polizei sich positioniert und so genannte „Hamburger Gitter“ bereitgestellt, um bei der ihrer Meinung nach zu wartenden Notwendigkeit das Dorf umgehend von der Außenwelt abriegeln zu können. Seid ihr paranoid? Wir halten das alles für eine Wahnvorstellung

Darüber hinaus versuchten Polizist_innen damit zu imponieren, eine komplette Hundestafel nach Eschede zu verfrachten und dort zur Schau zu stellen. Aber nicht nur Lebewesen wurden als Waffen präsentiert, die Polizei rückte auch mit einer Garde Wasserwerfern an, deren Einsatz weder zu vermuten war, noch hätte ein Mensch ihren Einsatz bei gegebenen Temperaturen ohne extreme Unterkühlung überstanden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass das tatsächlich paranoid wirkende Aufgebot der Polizei maßlos übertrieben war und offensichtlich nur der Abschreckung und erhofften Spaltung des stetig wachsenden Bündnisses diene. Angesichts dieser Repression gegen einen friedlichen Protest ist es völlig absurd, dass die wirklichen Gewaltbereiten, die teils einschlägig vorbestraften Neonazis, die Straße runter vollkommen ungestört von uns und nahezu unbehelligt von der Polizei, ihre Vernetzungstreffen – unter dem Deckmantel einer an Gehirnwäsche erinnernden Sonnwendfeier – abhalten können.

Wehren wir uns! Machen wir deutlich, dass wir uns nicht einschüchtern und schon gar nicht Auseinanderdrängen lassen! Der Widerstand wird größer und das ist auch gut so! Wir haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung und wollen nicht als Schwerverbrecher kategorisiert werden!

Brechen wir das Schweigen, sagen wir der Polizei, was wir davon halten, ohnegleichen schikaniert zu werden, damit wir uns endlich voll und ganz dem widmen können, weshalb wir uns in Eschede zusammenfinden:

DEN NA[HT]ZIHOF AUSMISSTEN!

In Celle ist die Polizei schon lange nicht mehr als „Freund und Helfer“ bekannt, es werden eher Wörter wie Größenwahn, Unverhältnismäßigkeit und Lügen mit ihr verbunden. Und das kommt nicht von irgendwo...

Wenn man in Celle beispielsweise die Demonstration gegen den „Celler Trialog“ am 4.7.2009 miterlebt hat, überkommt einen das Gefühl, dass da irgendjemand anscheinend im Sandkasten zu viel Krieg gespielt hat und gewisse Phantasien in Groß realisieren will. Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE), sind im Gegensatz zu der normalen Bereitschaftspolizei, speziell dafür ausgebildet in kleinen Gruppen in eine Demonstration vorzudringen und gezielt Einzelpersonen festzunehmen. Sinn erhält dieses für die Polizeistrategie, wenn es sich um unübersichtliche Großdemonstrationen handelt. Bei etwa 150 Demonstrationsteilnehmer_innen ist die Bereitstellung solcher Einheiten nicht nur maßlos übertrieben, sondern schüchtert auch enorm ein.

Ein weiteres Beispiel ist der Hubschraubereinsatz während der Gegendemonstration zum Naziaufmarsch in Celle am 9.12.2006. Er diente dem koordinierten und direkten Transport der hier ebenfalls eingesetzten, BF-Einheiten, womit die Gegendemonstration bereits im Vorhinein kriminalisiert wurde. Es ist in höchstem Maße inakzeptabel, dass von Seiten der Polizei eine unruhige Atmosphäre geschaffen wird, was der vermeintlichen „Deeskalationsstrategie“ der Polizei entgegenwirkt und wodurch Aktivist_innen unter Generalverdacht gestellt werden.

Das Auftreten der (Celler) Polizei bewirkt gezielt eine Diffamierung und Kriminalisierung von Aktionen, die eine Gegenöffentlichkeit schaffen sollen, und den Menschen die sich an diesen beteiligen. Sei es bei den regelmäßigen Protesten in Eschede gegen die Sonnwendfeiern der Neonazis, bei den Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch in Celle, oder eben bei der Gegendemonstration zum „Celler Trialog“. Warum sonst wird ein dekoratives Zahnrad an einer Punkerkutte zu einem Schlagring und später als Rechtfertigung für die umfangreichen Personenkontrollen missbraucht? (so in Eschede im Winter 2008) Warum sonst wird ständig ein Spalier um eine Demonstration gebildet, welches sie aussehen lässt, als würde dort eine Horde Schwerverbrecher Ausgang haben? Warum sonst werden Personalien kontrolliert, obwohl mensch sich an einer in diesem Land zumindest formell gesehen noch legalen Protestform beteiligt? Warum sonst werden Demonstrationen gefilmt, womit jede_r als potenzielle_r Straftäter_in deklariert wird?

Doch die Celler Polizei ist nicht der Ursprung allen Übels, dass wissen wir auch. Sie hält nur bei dem bundesdeutschen Trend mit: Überwachung, Kontrolle und härteres Vorgehen unter dem Vorwand der Prävention, deren Rechtfertigungen hinterher erlogen werden. Dass dabei viele von den sonst so hoch angepriesenen demokratischen Rechten verloren gehen, ist die notwendige, unvermeidbare Konsequenz. Wo auch immer das hinführen soll...

Für eine Kultur der Bürgerbündnisse

Am 13. März 2010 fand in der Heimvolkshochschule Hustedt ein Tagesseminar zum Thema „*Kommunalpolitik und Rechtsextremismus, Strategien gegen Nazis auf lokaler Ebene*“ statt, veranstaltet von DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen, der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Niedersachsen und den Bündnissen gegen Rechtsextremismus in der Region. Die ca. 60 Teilnehmer_innen verteilten sich nach der Begrüßung von Hartwig Erb (DGB) und Petra Wilke (FES), den Grußworten von Dirk-Ulrich Mende (Celler OB) und Hans-Georg Sundermann (Superintendent des Kirchenkreises Celle) und dem Eingangsreferat von Hartmut Tölle (Vorsitzender DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt) in drei Arbeitsgruppen.

Bei den anschließenden Berichten aus den Arbeitsgruppen kam heraus, dass es fast flächendeckend Probleme mit Rechtsextremismus gibt und es keine Strategie sein kann, davor die Augen zu verschließen. Erst einmal ist Information wichtig – dieser Schwerpunkt wurde bei der Tagung von Andreas Speit (Journalist) und Olaf Meyer (VVN-BdA) in der einen Arbeitsgruppe bearbeitet; und zwar am Beispiel der strategischen Umorientierung der NPD in den letzten Jahren und der Situation in der Stadt Buchholz, die mit einer starken Neonaziszene konfrontiert ist.

In einer weiteren Arbeitsgruppe, die sich mit kommunalen Strategien beschäftigte, wurde am Beispiel eines hessischen Landkreises deutlich gemacht, dass es darum gehen muss, sich dem Problem Rechtsextremismus zu stellen und es nicht klein zu reden. Christopher Vogel vom Mobilien Beratungsteam Hessen (ein Verein, der 2003 das Konzept aus Ostdeutschland übernommen hat) sah es als problematisch an, dass meistens erst dann gehandelt wird, wenn ein „*gravierender Vorfall*“ stattgefunden hat, wie auch in besagtem hessischen Landkreis. Dort wurde als Konsequenz Hilfe von dem Mobilien Beratungszentrum angefordert und eine Stelle vom Landkreis eingerichtet. Diese arbeitet relativ unabhängig und ist mit einem Etat von 25.000 € im Jahr ausgestattet zur Organisation von Schulungen auf allen Ebenen, zur Koordinierung und zur Unterstützung von Initiativen gegen Rechts. Wichtig sei, eine klare Haltung gegen Rechts zu haben und diese auch zu zeigen - und das sollte vom Ortsvorsteher über Vereinsvorsitzende bis hin zu allen Menschen gehen, die „*Vorbilder*“ darstellen. „*Runde Tische*“ mit Antifa und „*Würdenträgern*“ forderte Vogel in dem Wissen, dass das manchmal ein langer Weg dahin ist. Auch Marc Coester vom Landespräventionsrat bedauerte, dass seine Organisation erst angefragt würde, nachdem zu lange weggeschaut wurde. So ist seine Arbeit weniger Prävention als Intervention. Sein Ziel wäre eine Kultur der Bürgerbündnisse gegen

Rechtsextremismus in den Kommunen flächendeckend zu installieren, wobei auch er niemanden ausschließen will, außer Rechtsextreme selbst. So ähnlich äußerte sich auch Herr Sundermann in seinem Grußwort. Er forderte ein, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen; das gelte für alle, die „*guten Willens sind*“. Man dürfe keine Bündnispartner auszugrenzen, das gelte auch für die Antifa. („*Das sag ich mal ganz betont.*“) Und wenn er dafür zur Rede gestellt werde, so antworte er: „*Natürlich machen wir da mit, das ist selbstverständlich.*“

Das Thema „*Bündnisse*“ wurde in der dritten Arbeitsgruppe behandelt. Dort stellten sich „*Mahnwache Fassberg*“ und „*Bündnis für Demokratie / Netzwerk gegen Rechtsextremismus Lüneburg*“ vor. Dabei wurde deutlich, dass Erfahrungen von Bündnisse sehr unterschiedlich sind, gerade in Hinblick auf ländlichen Raum oder (Uni)Stadt. Es liege sehr an den einzelnen Personen, an deren persönlichen Engagement. Aber es wurde auch hier festgestellt, dass sich gerade dann viele Menschen engagieren, wenn ein konkreter Anlass (z. B. Nazidemo) vorliegt, während das Interesse bei der alltäglichen Bündnisarbeit deutlich nachlässt. Klaus Jordan aus Fassberg betonte, dass der Mahnwache Fassberg Bilder und Kommunikation wichtig waren. Das bedeute, dass die Akteur_innen ansprechbar und sichtbar sein müssten. Jonas Spengler aus Lüneburg berichtete von der Entwicklung des sehr breiten Bündnisses von über 60 Organisationen, das letztlich eine Sitzblockade einiger Bündnispartner_innen tolerierte. Dieses Thema wurde in der Abschlussrunde noch einmal aufgegriffen. Kirsten Lühmann (SPD-Bundestagsabgeordnete) stellte fest, dass die Rechten alle rechtlichen Möglichkeiten ausnutzen, die sich ihnen böten. Und weiter: „*Auch wir sollten alle rechtlichen Mittel ausnutzen, z. B. Straßenblockaden*“, schränkte dann aber gleich ein: „*Das ist kein Recht, es ist eine bewusste Ordnungswidrigkeit, aber sie hat zum Erfolg geführt und ich denke, insofern ist das eine sinnvolle Sache gewesen.*“

Abschließend wurde festgestellt, dass es weiteren Diskussionsbedarf gibt. Das Angebot einer weiterführenden Veranstaltung wurde begrüßt. Und es wurde deutlich, dass die Nazitreffen in Eschede für alle ein wichtiges Thema ist, an dem weiter gearbeitet wird. Umso mehr fiel auf, dass die „*Würdenträger*“ aus Eschede durch Abwesenheit glänzten.



Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Helge Buttkeireit, der von 2004 bis 2006 bei der CZ sein Volontariat absolvierte, hat ein lesenswertes und lesbares Buch über Lateinamerika geschrieben – genauer über die dortige „Neue Linke“; Titel des Buches: „*Utopische Realpolitik*“. Buttkeireit, Jg. 1976, wuchs 30 Kilometer nördlich von Hamburg auf; studierte Geschichte, Politik und Journalistik in Leipzig; machte 2003 seinen Magister und lebt heute als freier Journalist und Publizist in Schleswig-Holstein. Am 16. April wird er um 20 Uhr im Urbanus-Rhegius-Haus referieren..

Er schreibt über die Entwicklung in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Chiapas in Mexiko (nicht über Kuba), vier „*Leuchttürme*“ in einer Welt des gnadenlosen Neoliberalismus. Er will der Linken in Deutschland Hoffnungen geben, sie anregen, überholte Prinzipien aufzubrechen und neue Wege zu gehen.

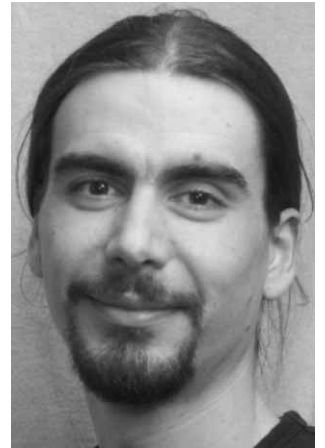
Evo Morales (Bolivien), Hugo Chavez (Venezuela), Subcommandante Marcos (Chiapas) und Rafael Correa (Ecuador) sind für ihn „*utopische Realisten*“, d.h. sie versuchen reale, konkrete, heutige Politik zu machen gegen die Armut, für bessere Bildung, für medizinische Versorgung. Und gleichzeitig kämpfen sie, zusammen mit ihrer jeweiligen Basis, für einen Weg zu einer wirklich anderen Welt, in der nicht das Kapital, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Buttkeireit widmet sich den „*Prinzipien der Selbstorganisation*“, der „*solidarischen Ökonomie*“ und dem „*neuen Internationalismus*“ und versucht zu klären, was in Lateinamerika unter dem „*Sozialismus des 21. Jahrhunderts*“ verstanden wird.



Wir wollen Appetit machen und zitieren einige der schönsten Passagen:

„Die Revolutionäre in Venezuela haben verstanden, dass die Revolution ein auf die Mehrheit der Menschen gestützter Prozess sein muss, um erfolgreich zu sein. Die sozialistischen und kommunistischen Versuche des 20.

Jahrhunderts haben zumindest eines klar gemacht: Eine Revolution gegen die Menschen wird nie funktionieren, es sei denn, die Menschen werden unterdrückt, ihr Wille gebrochen. Genau das aber ist das Gegenteil einer jeden Emanzipation. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts muss ein Sozialismus der Basis sein. Oder er wird nicht sein.“ (S. 9)



„Bereits im Entstehen der boliviarischen Verfassung wurde deutlich, dass im neuen Venezuela ein neuer Geist in das politische Leben des Landes einziehen würde. Der Geist der Mitbestimmung... Über Workshops, Kommissionen und runde Tische waren die sozialen Bewegungen direkt in die Diskussion eingebunden und brachten letztlich über 600 Vorschläge ein, von denen die Hälfte angenommen wurden. [...] Die Verfassung erhielt beim Referendum Ende 1999 über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen und ist wohl eine der demokratischsten weltweit.“ (S. 39)

„Der Start der neuen MAS-Regierung war trotz Gegenwind beachtlich. Nachdem Evo Morales sein eigenes Gehalt halbierte und dasselbe von allen höheren Staatsdienern verlangte, startete er im März 2006 mit Hilfe von Kuba und Venezuela ein Alphabetisierungsprogramm. Gut zweieinhalb Jahre später, im Dezember 2008, konnte Bolivien feiern: Das Land gilt nun als alphabetisiert und die Regierung legt weitere Bildungsprogramme auf – das Vorbild Venezuela ist offenkundig. Ecuador zog wenig später nach. [...] Am 1. Mai 2006 sozialisierte Morales mit großer symbolischer Geste und unter Beteiligung des Militärs die Erdgas- und Erdölvorräte des Landes. Wurde Bolivien bis zu diesem Datum grundsätzlich von den privaten (und meist ausländischen) Rohstoffexporteuren über den Tisch gezogen – sei es nun bei der Ausbeutung von Zinn, Silber oder Erdgas – sollte sich das Verhältnis nun umkehren. 'Wir wollen keine Chefs, sondern Partner', sagte Evo Morales, 'und wem das nicht passt, der kann gehen'“ (S. 61f)

Helge Buttkeireit, *Utopische Realisten – Die Neue Linke in Lateinamerika*, Pahl-Rugenstein Verlag, 161 Seiten, 16,90 Euro

„Himmel, welch ein Land“

Wer lebt und schreibt hier, lebte und hat geschrieben? Was ist und zählt zur Literatur des Landkreises? Das 125-jährige Jubiläum der Verwaltungseinheit Landkreis Celle bringt aus unserer Sicht zumindest ein Event mit sich, das sich zu besuchen lohnt. Der Schriftsteller und Rezitator Oskar Ansell (Bild unten links) unternimmt im doppeltem Sinne eine „Litera-Tour“; er hat – unter den eingangs zu lesenden Fragen - eine Sichtung vorgenommen & die Ergebnisse zu einer eigensinnigen Lesung verflochten, die an einigen der Lebens- oder nur Durchgangsstationen der schreibenden Protagonisten vorgetragen werden. Wir wollten im Gespräch mit Ansell vorab den einen oder anderen Schleier lüften.

?: Die „taz“-Hamburg hat Celle ja längst zum „ödesten aller öden Orte“ auserkoren und für die noch zu be-textende neue Hymne über den Landkreis den Titel „Hölle, dein Name ist Celle“ vorgeschlagen. Du bist ja auch nach Berlin emigriert, obwohl doch ein Kollege über der Landkreis befand: „Mond, Nebel & Regen erste Qualität“.

!: Ein liebgewordenes Vorurteil und stets gern unreflektiert nachgebetet, respektive nachgeplappert, das mit der Öde. Hölle und Himmel sind ja, genau besehen ein Mietshaus. Nach Berlin bin ich nur gezogen, damit ich leichten Herzens immer wieder zu privaten und Arbeitsbesuchen zurückkehren kann. Ja, ja, auch der Landkreis ist nicht ohne!

?: Was gibt es außer Arno Schmidt noch zu entdecken in der Südheide? Du hast – wie unsere Buschtrommeln vermelden – einige Schätze zu Tage gefördert.

!: Lasst Euch überraschen! Dank freundlicher Zuträger habe ich mein ohnehin dickes Bündel noch erweitern können. Also von Eulenspiegel bis Samuel Beckett ist ne Menge drin, auch KZ-Lagerliteratur, die sonst eher als Dokumente angesehen werden; sind aber oft weit mehr.

?: Daran wird vielleicht der eine oder die andere zu schlucken haben, wenn herausragende Beispiele moderner Literatur im Grauen der Lager gründen und nicht im Lila des Heidekrauts. Lässt sich das in ein Bild von einer „Literaturlandschaft“ integrieren?



!: Nun, damit muss man sich in Stadt und Land abfinden, dass Heimatliteratur mehr ist als „Grün ist die Heide“. Man muss kein Haidjer sein, um zur Heimatliteratur im weitesten Sinne beizutragen. Wenn ein 13-jähriger Pole aus Warschau in Bergen-Belsen interniert, im Lager Gedichte schreibt und das Lager überlebt und nach Israel auswandert und dort Schriftsteller wird, 1954 dort einen Roman veröffentlicht über seine Erfahrungen, der erst 40 Jahre später ins Deutsche übersetzt wird und der in nur einer Bücherei in Stadt und Land auszuleihen ist, dann ist das sträflich wenig beachtete Heimatliteratur. Das lässt sich ändern! Dieser Autor wurde immerhin für sein Werk mit dem internationalen



Hans-Christian-Andersen-Preis geehrt. Ja, ja, der H.C. Andersen kommt auch vor, hat den Landkreis mit der Postkutsche gestreift und ist – im positiven Sinne – geprägt worden, inspiriert.

?: Manche Autoren haben die Landkreisdörfer ja nur durchstreift und sich so ihre Gedanken über das gar nicht so possierliche Völkchen der Heidjer gemacht. Da gibt es ja wohl eine gewisse Bandbreite in der Wahrnehmung, oder?

!: Oh ja! Eine herrliche Bandbreite. Es findet sich absolut alles und in schönsten Tonlagen. Sind aber insgesamt mehr Autorinnen und Autoren nur durchgereist, die wenigsten haben etwas Glanz oder weniger Schönes hinterlassen. Ich habe wahrscheinlich auch längst nicht alle gefunden, wenn es auch schon eine Menge sind, die da zu Wort kommen. Lasst Euch überraschen: Sind Christen, Haiden, Anarchisten, Männer, Frauen und



Kinder dabei, waren zu Fuß, zu Pferd, zu Wagen, zu Land, zu Wasser, kamen durch die Luft.

?: Hat sich eigentlich dein Blick auf die Provinz geändert, seit du in den „Metropolen“ Hannover und Berlin lebst?

!: Nee. Vielleicht bin ich nachsichtiger geworden, oder weitsichtiger? Viele Städter hassen die Provinz, sie schaffen sich lieber ihre eigene. So oder ähnlich hat mal jemand formuliert. Da ist was dran. Ich hasse die Provinz nicht, habe ich nie getan. Ich bin gern in Berlin, z.B.

?: Hat es – aus deiner Kenntnis – eigentlich auch andernorts schon mal eine derart intensive und gleichzeitig künstlerische Auseinandersetzung mit der Literatur einer Region gegeben oder müssen sich da nicht eher die Hamburger taz'ler verstecken, die wahrscheinlich Hans Henny Jahn und Hubert Fichte für Zweitligafußballer halten?

!: Die Stadt Hamburg geht mit den genannten nicht gut um. Zu H.H. Jahn haben sie im letzten Jahr, war ein Jubiläum(!), so gut wie nichts gemacht. Also nichts gegen die Ahnungslosigkeit mancher taz'ler in Hamburg. Nee, so ein Projekt gibt es wohl für andere Landkreise in Deutschland nicht; ist mir nicht bekannt. Nicht in diesem Umfang und mit diesem Ansatz.

?: Du tourst mit deiner Lesereihe Ende April, Anfang Mai durch den ganzen Landkreis. Welche Erwartungen und vielleicht Hoffnungen verbindest du damit?

!: Dass viele, viele Leute kommen und sehr neugierig sind und nach der Literatur, die da hervorkommt, suchen. Zum großen Teil ist sie ja nicht leicht bis gar nicht mehr zu finden. Ich hoffe, dass andere Orte auch neugierig werden. Dass Hinweise kommen, auf das, was ich vergessen, übersehen habe. Dass in Zukunft mal ein dickes Buch über die Literatur in Stadt UND Landkreis erscheinen kann. Dass das jemand finanziert.

Oskar Ansull ist mit einer Lesung im April & Mai im Landkreis Celle unterwegs und zwar

Do. 22. 4. | 19:30 h | Celle | Kreistagssaal
 Mo. 26. 4. | 19:30 h | Westercelle | Realschule
 Di. 27. 4. | 19:30 h | Langlingen | Rittergut
 Mi. 28. 4. | 19:30 h | Lachendorf | Gymnasium
 Di. 4. 5. | 19:30 h | Bergen | Stadthaus
 Do. 6. 5. | 19:30 h | Winsen | Dat groode Hus

Als Celler Hefte 7-8 erscheint am 22. April „Himmel, Welch ein Land“. Ein Sichtung von Landkreis & Literatur durch Oskar Ansull – Preis: 5 Euro.

Rechte Schüler_innenzeitung in Hannover verteilt

Der Titel der neuen Schülerzeitung aus Hannover, *Bock* - "Das Sprachrohr der Gegenkultur", lässt zunächst nicht erraten, wer dahinter steckt. [...] Auf Seite drei werden die Herausgeber aber deutlich: "Es wird uns eine Freude sein, die Legitimation dieses korrupten liberalen Staates zu unterminieren", heißt es da. "Die sogenannten westlichen Werte gehen uns am Arsch vorbei." Ab Mitte März wurde die rechtsextreme Zeitung in der niedersächsischen Landeshauptstadt verteilt. [...] Nach eigenen Angaben liegt die Auflage der 16-seitigen Zeitung bei 20.000 Exemplaren. Die "Kameradschaft 73 Celle" kommt ob der Aktion ins Schwärmen: "Junge Deutsche Aktivisten" hätten vor den Schulen gestanden, um die "längst überfällige Rebellion in die Klassenzimmer zu tragen". 4.000 Zeitungen seien bereits verteilt worden.

Im Internet präsentieren sich die Herausgeber, die unter dem Namen "Besseres Hannover" auftreten, im Stile der "Autonomen Nationalisten". Sie seien "junge Hannoveraner", die nicht in einem "multikriminellen Menschenbrei" leben wollten. [...] Der *Bock* versuche "Jugendliche anzusprechen, die Kritik an den bestehenden Verhältnisse haben", sagt der Braunschweiger Antifa-Aktivist Koch, Geschäftsführer der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) aus Braunschweig. Eindeutigkeiten, die gleich die rechte Intention erkennen ließen, würden darum vermieden.

(gekürzt aus TAZ, 11.03.2010, Andreas Speit)

Großplagiator schlägt wieder zu

Abgeschrieben: Setzen – Sechs!

Klaus Tänzer, Leitartikler des Anzeigenblattes Celler Kurier, hat wieder zugeschlagen. Er beglückte seine Leserschaft erneut mit „Erkenntnissen“ zum Klimawandel, die er schlicht und einfach abgeschrieben hatte. Diesmal nicht nur – wie schon vor einem Jahr – aus anonymen Internetquellen. Ärger könnte ihm diesmal verschaffen, dass er sich zu großen Teilen bei einem Artikel des FAZ-Autoren Stefan Dietrich bediente.

Der Roman von Helene Hegemann ("Axolotl Roadkill") hat im Feuilleton für eine breite Diskussion um Plagiate geführt. Darunter wird verstanden – wie uns Wikipedia belehrt – „das bewusste Aneignen fremden Geistesguts“. Der wahre Großmeister des Plagiats sitzt in Celle. Sein Name ist Klaus Tänzer. Das Thema, zu dem er keinen eigenen Gedanken hat, ist der Klimawandel – oder aus seiner Sicht: der „Klimaschwindel“.

„Wissenschaft entlarvt Klimaschwindel / Globaler Treibhauseffekt physikalisch unmöglich“ lautet der Titel des Leitartikels im Celler Kurier vom 29. März 2009. Wie wir in der revista Nr. 43 nachwiesen, Wort für Wort aus dem Internet abgeschrieben. Leicht variiert heißt sein Thema diesmal „Klimaforschung lässt Distanz zur Politik vermissen / Weltklimarat im Zwielicht, unliebsame Kritiker unter Druck“ (CK, 07.03.2010). Das erste Drittel des Artikel ist eine variierte Abschrift des am 11.12.2009 in der FAZ erschienen Artikels „Politisierte Wissenschaft“ von Stefan Dietrich. Tänzer bedient sich dabei nicht der Methode „copy & paste“, sondern wie ein braves Erstsemester stellt er jeden Satz leicht um, ohne am Sinn einen Abstrich zu machen. Wobei Erstsemester in der Regel immerhin die Quelle nennen; Tänzer nicht.

Ein Beispiel:

Plagiat	Original
Die Mehrheit der Klimaforscher verfolgt das Treiben im Weltklimarat mit Unbehagen. So gab es irritierend zugespitzte Befunde für politische Entscheider, die zwar teilweise belächelt, allerdings auch hingenommen wurden - von der berühmten „Hockeyschlägerkurve“ ganz zu schweigen, die den Temperaturverlauf der Erde über tausend Jahre nahezu konstant zeichnete, um dann in jähem Anstieg in die Gegenwart zu münden.	Schon lange hat eine Mehrheit der Klimaforscher das Treiben im Weltklimarat mit Unbehagen verfolgt. Die Zuspitzung der Befunde in Berichten „für politische Entscheider“ oder auch die berühmte Hockeyschlägerkurve, die den Temperaturverlauf der Erde über tausend Jahre fast konstant zeichnete, um dann in einen jähen Anstieg in der Gegenwart auszumünden,[...]

Das zweite Drittel ist dann wieder einfach aus einer der verschwörungstheoretischen Internetseiten geklaut: <http://www.klima-ueberraschung.de/>. Dort findet sich das Gebräu, das die Sportwagenfahrer, Vielflieger und Wärmepilzfrende so gern bemühen, um ihren Lebensstil zu rechtfertigen. Im letzten Drittel gibt's dann noch ein paar stammtisch-kompatible Ausführungen zur Feinstaubdebatte. Die scheinen dann ausnahmsweise mal „Tänzer“-Original zu sein.

Muss uns dieser Quatsch überhaupt interessieren? Wir meinen: leider ja. Der Celler Kurier hat eine Auflage von 77.000 Exemplaren und landet in nahezu jedem Haushalt. Und gerade Tänzers Leitartikel sind am Montag vielfach Gesprächsthema in der Frühstückspause. Deshalb ist uns daran gelegen, diese umweltreaktionären Positionen als das zu entlarven, was sie sind: Die Verschwörungstheorien eines Zirkels von neokonservativen Apologeten eines Lebensstils, der sich guten Gewissens nicht mehr verteidigen lässt.



Hierfür zwei Lesetipps:

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es für je 4 Euro sowohl den Band „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ von Claus Leggewie und Harald Welzer (Schriftenreihe Bd. 1042), wie auch Welzers „Klimakriege“ (Bd. 1703).

Weitaus skeptischer als Leggewie/Welzer analysiert Karl Lanius in dem kleinen Band „Klima – Umwelt – Mensch“ die – so der Untertitel – „Sozial-ökonomischen Systeme und ihre Überlebens(un)fähigkeit“. Lanius ist ein über 80-jähriger ehemaliger DDR-(Kern-)Physiker. Das bei Pahl-Rugenstein erschienene Buch liefert eine interessante Zusammenschau von Klimabedingungen und Gesellschaftsentwicklungen. Nachdenkenswert sind vor allem seine Schlussüberlegungen unter der Kapitelüberschrift „Moral und Ökonomie“: „Weiter so wie bisher zu verfahren, wird uns in den Abgrund führen.“

Die Waffen-SS ermordete KZ-Häftlinge

In Groß-Hehlen ermordeten Männer der Waffen-SS am 10. April 1945 KZ-Häftlinge, die auf dem Marsch vom Lager Kleinbodungen nach Belsen in dem Dorf gerade ihren letzten Zwischenstopp gemacht hatten. Diese Morde wurden im Lüneburger Belsenprozess im Herbst 1945 verhandelt. Vor gut 10 Jahren beschrieb Joachim Neander in seiner Untersuchung zur Endphase des KZ Mittelbau ausführlich dieses nationalsozialistische Endkriegsverbrechen. Trotzdem ist bisher kaum in die lokale Erinnerungspolitik eingeflossen, dass und wie Groß-Hehlen zum Schauplatz dieser Morde wurde.

In Kleinbodungen, einer kleinen Gemeinde im nordthüringischen Landkreis Nordhausen, bestand zwischen Oktober 1944 und April 1945 ein Außenlager des KZ Dora-Mittelbau. Durchschnittlich etwa 620 männliche KZ-Häftlinge waren in der lagereigenen Werkstatt damit beschäftigt, defekte A4-Raketen in ihre Einzelteile zu zerlegen, die dann teils für neu produzierte Raketen wieder verwendet wurden. Lagerleiter war durchgehend SS-Hauptscharführer Xaver Stärfel (alias Franz Stofel), sein Stellvertreter SS-Oberscharführer Wilhelm Dörr. Unter ihrer Leitung sowie weiterer 45 SS-Angehöriger wurden die Häftlinge am 5. April auf den Marsch nach Bergen-Belsen geschickt. Über Osterode, Seesen, Salzgitter, Rünigen und Ohof kamen die KZ-Häftlinge und ihre Bewacher am 10. April gegen Abend in Groß-Hehlen an.

Bereits zwischen Seesen und Salzgitter war es zu den ersten dokumentierten Morden gekommen. Der ehemalige Häftling Ernst Poppner sagte im Belsenprozess aus, dass Dörr drei Männer mit sich in eine Scheune genommen und zwei von ihnen in den Hinterkopf geschossen habe. Der dritte Mann sei geflohen, wobei aber weitere Schüsse gefallen seien. Drei Männer seien schließlich in einem flachen Grab neben der Scheune verscharrt worden. (Phillips, 704) Ein anderer Überlebender erinnerte sich: „*Wer unterwegs schlapp machte und nicht mehr in der Lage war, der Kolonne zu folgen, wurde einfach erschossen.*“ (zit. bei Neander, 428) Der schon erwähnte Ernst Popper steuerte eine genaue Zeugenaussage zu dieser gängige Praxis der SS auf den so genannten Evakuierungsmärschen bei. (Vgl. Phillips, 704)

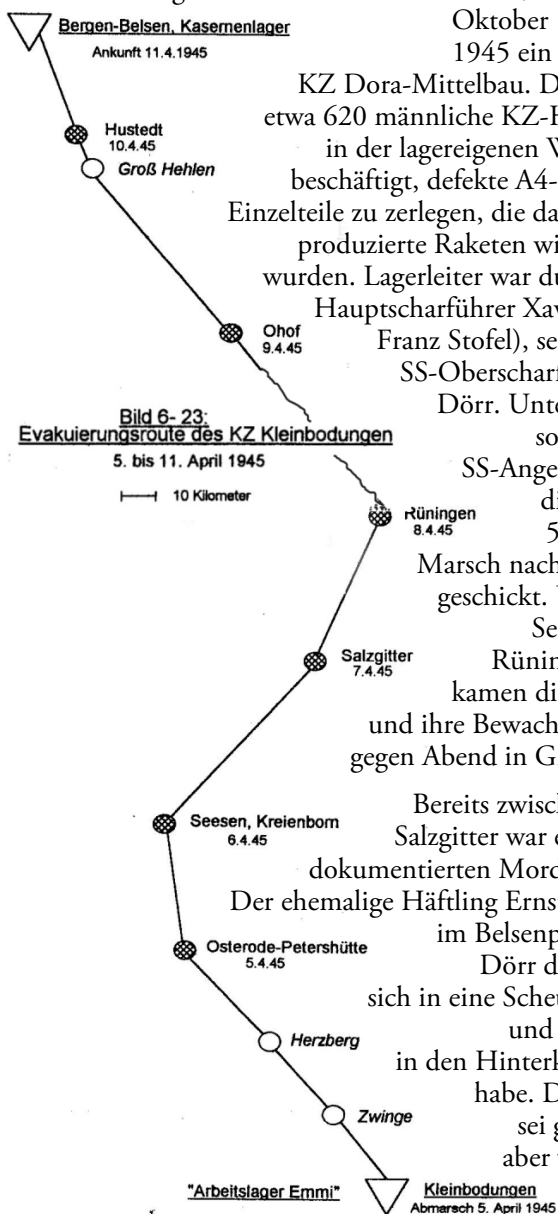
Genen 18 Uhr hatte der Marsch am 10. April 1945 Groß Hehlen erreicht. Die Häftlinge wurden zu einer Scheune geführt, in der sie übernachteten sollten. Einige Häftlinge begaben sich allerdings noch auf den Dorfplatz und fingen an zu musizieren. Die Wirtin des Gasthauses „Zur Linde“, Erika Ceconi, erinnerte sich im Belsen Prozess so: „*There was a commotion already in the village, and when the concentration camp prisoners started to play music, of course the children gathered round and the commotion grew bigger.*“ (Vgl. Phillips, 352)

Im Ort lagen schon eine Einheit der Wehrmacht und eine der Waffen-SS im Feldquartier. Der örtliche Militärbefehlshaber, der sein Hauptquartier im Dorfgasthof hatte, fühlte sich – so später die Vermutung des Chefanklägers im Belsen-Prozess, Col. Backhouse – durch den Lärm der Kinder und die Musik derart gestört, dass er anordnete, der gesamte KZ-Transport habe sofort aus dem Dorf zu verschwinden. Nachdem Stärfel sich zunächst wenig geneigt zeigte, diesem Befehl nachzukommen, beauftragte der Ortskommandant einen der Waffen-SS-Offiziere, mit seinen Leuten für den unverzüglichen Aufbruch des KZ-Transports zu sorgen.

Als Angeklagter schilderte SS-Hauptscharführer Stärfel den weiteren Gang der Dinge so:

„*Then the Kommandant gave an order to another S.S. officer, an Untersturmführer, to take his men, about 30, and see that the prisoners were moved. He came with his men towards the barn where my prisoners were seated, partly inside and partly outside, and shooting started at once. Then they took the prisoners away at the double [= im Eiltempo]. It was about 1900 hours and getting dark. Where were the prisoners taken to? —*

Their destination was unknown. I went again to the Kommandant and asked him for a truck, so could take the rations at least, but he refused. So I contacted the prisoners as quickly as possible about three kilometres from Gross Hehlen in a wood where they stopped. Blockältester Kunerez reported that four or five prisoners had been shot, partly because it was dark and they had tried to escape, and partly because they could not keep up with the pace. I asked him who did the shooting and he said the men of this Field Unit because they had no idea how to treat the prisoners,



Grafik aus Neander, 429

and probably thought they were not marching fast enough. My guards were not present at all during this period because they were already in their billets when the prisoners were marched off, and so were not ready. The transport stayed in the wood about an hour and a half.

Where did you go when you left? —

Accommodation was found at an old aerodrome which was a sort of P.O.W. [= Prisoners of War] camp for Russians, and we set off for Bergen-Belsen the following morning.” (Phillips, 326)

Die Waffen-SS trieb die KZ-Häftlinge also in schnellem Marsch aus Groß-Hehlen heraus Richtung Hustedt, wie Ortskundige leicht erkennen können – dabei wurden Häftlinge, die „flohen“ oder mit dem Tempo nicht mithalten konnten, durch die Männer der Waffen-SS erschossen.

Der ehemalige Häftling Stojan Trost erinnerte sich später so an die Szenerie: *„Die neuen SS-Wachen [...] verfuhrten noch ärger mit uns. Auf einmal begannen sie, uns wie eine Herde Schafe zu hetzen. Einer nach dem anderen rannten wir los. Aber wehe dem, der es wagte, aus dem Pferch der Sklaverei auszubrechen. Man erschoss ihn auf der Stelle. Plötzlich war uns alles zuviel geworden. Wir warfen zuerst die Decke weg, dann das Kochgeschirr, schließlich sogar den Löffel- kurzum alles, was uns irgendwie beim Laufen hindern konnte. Es gab nur ein Ziel: am Leben zu bleiben.“* (Vgl. bei Neander, 431)

Die ehemalige SS-Aufseherin Gertrud Neumann gab als Zeugin im Belsen-Prozess an, mit eigenen Augen "mindestens acht Tote" an der Straße liegend gesehen zu haben, die durch Genickschüsse ermordet worden waren. *„Did you bother [= sich die Mühe machen] to stop a moment and see whether you could assist any of these people at all, or examine them to make sure they were really dead?“* fragt sie der Militärstaatsanwalt. Ihre Antwort: *“No. The sight of them with their brains smashed made us feel quite ill.“* (Vgl. Phillips. 350f.)

Stärfel behauptete im Prozess, er und seine Leute seien dem aus dem Dorf getriebenen Häftlingstrupp erst in großem zeitlichen und räumlichen Abstand gefolgt. Der Ankläger befragte zu diesem Aspekt sehr nachdrücklich die SS-Wächterin Ilse Steinbusch. Sie bestätigte Stärfels Version, sagte aber auch aus, dass der SS-Mann etwa auf der Hälfte der Strecke schnellen Schrittes verschwunden sei. Im Übrigen hatte auch sie die Erschossenen am Straßenrand bemerkt: *“During the journey I heard quite a few shots and saw about seven or eight bodies after we had left the last house in the village.“* (Phillips, 353)

Die Toten müssen noch vor dem Einmarsch der Alliierten, der am 12. April erfolgte, am Straßenrand verscharrt worden sein. Denn acht Wochen später wurden die Leichen auf den Groß-Hehlener Friedhof umgebettet, wie Bürgermeister Heinrich Brammer im Belsen-Prozess berichtete:

“British troops arrived in the village on the 12th. Eight weeks later a commission arrived to enquire [= Unter-



Gasthaus „Zur Linde“ im Groß-Hehlen der 1930er

suchungen anstellen] *about the bodies which were found by the villagers about a kilometre away. The bodies, which had striped prisoners' clothing and were wrapped in blankets, were disinterred and then buried in a churchyard in Gross Hehlen. I do not know how they came to die.“* (Phillips, 480)

Der Todesmarsch von Kleinbodungen erreichte das KZ Bergen-Belsen am Nachmittag des 11. April. Stärfel übergab die Häftlinge der SS-Lagerverwaltung und dem Lagerältesten. Die Häftlinge kamen in den Block 90, wo sie am 15. April 1945 durch die Briten befreit wurden.

Von den SS-Wachmannschaften des Transports mussten sich Franz Stärfel (rechts oben) und sein Stellvertreter Wilhelm Dörr (rechts unten) sowie der SS-Mann George Kraft vom 17. September bis 17. November 1945 im Lüneburger Belsen-Prozess verantworten. Stärfel und Dörr wurden wegen Verbrechen gegen die Menschheit zum Tode verurteilt und am 13. Dezember 1945 in Hameln hingerichtet; Kraft wurde freigesprochen.



Interessant wäre, ob es Ermittlungen gegen die Einheit der in Groß-Hehlen liegenden Waffen-SS gegeben hat? Ein Prozess scheint nicht stattgefunden zu haben.

Joachim Neander: Das Konzentrationslager Mittelbau in der Endphase der nationalsozialistischen Diktatur. - Clausthal-Zellerfeld 1997.

Raymond Phillips(Hg): Trial of Josef Kramer and forty-four others (The Belsen-Trial). War Crimes Trials Series Vol. II, London, Edinburgh, Glasgow 1949. [Dieses Buch gibt es mittlerweile im Internet unter: <http://www.mazal.org/OtherTrials/BelsenTrial/C001.htm>]

Der ZÜNDEL – Celles Alternativblatt

Ihre Hochzeit hatte die Alternativbewegung in kleinen Städten wie Celle - leicht zeitverzögert zu den Metropolen - in den 1980er Jahren. Dazu gehörten in der Regel zwei, drei Szenekneipen, ein Naturkostladen, eine Anti-AKW-Initiative, die autonome Frauengruppe, ein Weltladen und – last not least – eine Alternativzeitung. In Celle war dies der ZÜNDEL, der von März 1981 bis Mai 1987 die lokale Medienlandschaft belebte.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre waren – erstmals weitgehend unabhängig von den Gymnasien – in Celle Initiativen entstanden, die wir heute den Neuen Sozialen Bewegungen zurechnen. Im Zentrum des gesellschaftskritischen Aktionismus standen dabei vor allem die BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren und die autonome Frauengruppe. Ihre Öffentlichkeitsarbeit betrieben sie vor allem über die Verteilung von Flugblättern an Infoständen in der Altstadt. Denn der Zugang zur Lokalpresse war ihnen fast gänzlich versperrt. Die bestand ja seit der Einstellung des Celler Regionalteils der Hannoverschen Presse nur noch aus der Celleschen Zeitung. Und die war seinerzeit – vielmehr als heute – eine Bastion konservativer Weltsicht.

So war fühlbar eine Lücke entstanden für unterdrückte Nachrichten, Berichte aus den Bewegungen oder auch einfach nur Termine der Alternativ-Szene. Schülerzeitungen wie die „Zündschnur“ des HBG (1976-1978) waren zwar inhaltlich schon voll auf die Themen der neuen sozialen Bewegungen ausgerichtet, doch sie erschienen einfach zu selten, oder sie waren wie der „Schlemihl“ des Hölty (1978-1983) zu sehr auf Schüler_innen ausgerichtet. Die DKP gab seit 1970 mit der „Celler Welle“ ein fast monatlich erscheinendes, kleines Blatt heraus; aber das Verhältnis der lokalen Parteifunktionäre zur Alternativbewegung war eher unterkühlt – was im übrigen auf Gegenseitigkeit beruhte.

Das in der ersten Ausgabe im März 1981 veröffentlichte Konzept beschreibt genau diese Situation:

„daß celle eine alternative stadtzeitung braucht, wird beim lesen der cz und der diversen anzeigenblättchen mehr als deutlich. praktisch allen fortschrittlichen gruppen ist der zugang zu dieser presse versperrt, kritische stimmen tauchen im celler blätterwald nicht auf. der gebrauchswert einer alternativen stadtzeitung liegt daher auf der hand:

- veröffentlichung von uns als celler betreffende nachrichten und meldungen, die in der hiesigen presse verkürzt, verfälscht oder totgeschwiegen werden;
- unterstützung der bürgerinitiativen, aller demokratischen und fortschrittlichen bewegungen;
- diskussionsforum fürs schwarz-rot-grüne spektrum celles;
- veranstaltungshinweise, termine.
- mit dem CELLER ZÜNDEL wollen wir jetzt versuchen ein solches stadtblatt herauszubringen.
- wir - das sind zunächst einige parteiungebundene leute, die in celle und 'hermannsburg in bi, frauengruppe, friedensgruppe und gewerkschaftlicher jugendarbeit engagiert sind, und seit ende '80 das projekt 'alternative celler stadtzeitung' diskutieren und planen.“ (ZÜNDEL, 1/1981, 3)

Zunächst war ein zweimonatliches Erscheinen geplant, doch schon ab August 1981 erschien die Zeitschrift monatlich mit 24 oder 28, ab 1986 sogar 36 Seiten. Thematisch spiegelten sich vor allem die Aktivitäten der einzelnen Initiativen: also Frauenemanzipation, Atomenergie, die Forderung nach Jugendzentren, Antifaschismus. Aber es wurden schnell auch Kontakte genutzt, um Berichte aus Betrieben und Gewerkschaften zu bekommen. Im kulturellen Bereich waren es vor allem einzelne selbstorganisierte Projekte, mit denen sich die Zeitschrift beschäftigte.

Zu dem Gründerkern aus Aktiven aus der BI und der Frauengruppe stießen schnell Menschen mit anderen Hintergründen hinzu. So war z.B. Volker Euskirchen mit dabei, heute Fachbereichsleiter bei ver.di.



Und bald mischten zwei Dozenten der HVHS Hustedt mit, die über ihre Arbeit Kontakte in die größeren Betriebe hatten. Auch auf die verbliebenen Reste des KBW übte das Blatt einen gewissen Reiz aus, denn schnell stiegen zwei Genossen ins Redaktionskollektiv ein. Es war also ein wirklich bunter Haufen. Vom Alter her war die Spannbreite dagegen eher schmal: von Anfang 20 bis Anfang 30. Wichtig zu Beginn war aber: Selten waren es weniger als acht Leute, die in teilweise wechselnden Konstellationen an den einzelnen Ausgaben arbeiteten.

Die Redakteur_innen steckten viel Zeit in dieses Projekt: zwei mehrstündige Redaktionssitzungen im Monat, ein ganztägiger Layout-Termin (Papier-Layout mit Schere & Kleber, denn PC's waren noch unerschwinglich) und die Artikel mussten auch geschrieben werden. Der Druck wurde in Hannover zunächst gegenüber dem UJZ Kornstraße in der anarchistischen Raubdruckerwerkstatt von Jürgen Otte erledigt. Für einige Ausgaben machte man/frau sich in Celle dann sogar noch ans Legen und Klammern der Hefte (siehe Foto rechts). Schließlich mussten die Hefte auch noch unters Volk gebracht, d.h. verkauft werden. Zum einen wurden etwa 10 Verkaufsstellen beliefert, wichtiger war das Kneipengeschäft: Allabendlich wurden in der ersten Woche des Erscheinens die Szenekneipen durch Handverkäufer_innen abgeklappert.

Der ZÜNDEL kostete bis zur Juni/Juli-Ausgabe 1983 genau eine Mark, dann bis zum Februar 1985 1,50 DM, und die letzten zwei Jahre seines Erscheinens zwei Mark. Die Auflage war bis ins Jahr 1985 mit rund 650 verkauften Exemplaren, bei gut 100 Abonnent_innen relativ stabil. Und obwohl die Zeitschrift – nach Auffassung der Redakteur_innen – immer besser wurde, ging der Verkauf in den letzten beiden Jahren des Bestehens stetig zurück. Am Ende wurden noch rund 450 Exemplare verkauft.

Inhaltlich orientierte sich die Zeitschrift schwerpunktmäßig an den Themen der neuen sozialen Bewegungen. Der Friedensbewegung gegen die Stationierung der NATO-Raketen wurde – insbesondere über die jährlich von 1981-1983 stattfindenden Friedenswochen – breiter Raum gewidmet. Hier bezog die Redaktion allerdings Position gegen die DKP-orientierte Strömung um den so genannten „Krefelder Appell“ und wandte sich auch gegen die Aufrüstung durch den Warschauer Pakt.

Vom ersten bis zum letzten Heft fehlte fast nie ein Artikel aus dem Bereich der Frauenbewegung. Hierbei unterstützte der ZÜNDEL äußerst intensiv den Aufbau des Autonomen Frauenhauses. Auch die Auseinandersetzung um den § 218 und Diskriminierungen im Alltag wurden häufiger aufgegriffen.

Die Anti-AKW-Bewegung steuerte regelmäßig Artikel zu den Projekten der Atomlobby und die Gegenwehr bei: Brokdorf, Gorleben, die Asse kamen regelmäßig vor.



In die seinerzeit größten Betriebe – Telefunken und Schallschluck – bestanden Kontakte über Vertrauensleute, so dass im ZÜNDEL immer mal wieder Berichte zu den Arbeitsbedingungen oder den Strategien der Geschäftsleitungen zu lesen waren.

Die Zeitschrift verstand es darüber hinaus in den sechs Jahren ihres Bestehens durchaus, gelegentlich Themen zu setzen und für die Veröffentlichung von „unterdrückten Nachrichten“ zu sorgen. Schon mit der dritten Ausgabe vom Juni 1981 hatte der ZÜNDEL z.B. ein exklusives Thema, denn über die Besetzung und Räumung von Häusern Am Heiligen Kreuz mochte die CZ nicht berichten.

Anstoß für eine überregionale Berichterstattung bot im Februar 1983 der Artikel „Nazi-Lehrer am KAV“. Ein Schüler hatte seine Erfahrungen mit dem Geschichtsunterricht des Studienrats Hartmut Fietz notiert; seine Aussagen zur Vernichtung der europäischen Juden waren weit mehr als verharmlosend, sie erfüllten aus Sicht der Redaktion den Tatbestand der Holocaustleugnung (ein damals noch nicht gebräuchlicher Begriff). Die Berichterstattung wurde von Eckhard Spoo von der Frankfurter Rundschau aufgegriffen. „Holocaust“ oder: Was in Celle „kein Thema ist“ überschrieb er seinen Artikel. Gegenüber der FR stellte sich der seinerzeitige Direktor noch vor seinen Studienrat und auch die lokale CDU mochte sich nicht mit dem Geschichtsbild ihres Mitglieds beschäftigen. Der ZÜNDEL, sagte die CDU-Geschäftsführerin Rosemarie Choitz gegenüber der FR „habe nur wenig Leser“; darum sei dies „in

Celle kein Thema“. – Nachdem sich auch Hannoversche Zeitungen für das Thema interessierten und weiteres Material (Stellungnahmen von Schüler_innen und Gedächtnisprotokolle) die Vorwürfe erhärteten, kam die Bezirksregierung schließlich nicht umhin, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Fünf Jahre später wurde der Lehrer vom Niedersächsischen Disziplinarhof in Lüneburg mit einer 20-%igen Gehaltskürzung für drei Jahre „bestraft“, weil er *„seine beamtenrechtlichen Dienstpflichten in erheblichem Maße dadurch verletzt (habe), daß er als historisch gesichert anzunehmende Tatsachen Über die Judenverfolgung so dargestellt hat, als ob daran wissenschaftlich begründete Zweifel bestunden“*.

In die Nachrichtensendung „Heute“ des ZDF schaffte es 1983 das Titelblatt der Juni-Ausgabe. Anlass war hier die Tagung des rechtsextremen „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ in Celle. Der ZÜNDEL hatte das Treffen öffentlich gemacht und Hintergründe recherchiert, die von der „Heute“-Redaktion aufgegriffen und eben mit der Einblendung des Titelblatts bebildert wurden. Und in der Tat waren es wohl die vom ZÜNDEL zusammengetragenen und veröffentlichten Informationen, die rechtzeitig das Entstehen eines Protestbündnisses beförderten.

Dass es nicht immer klappte, über die journalistische Ebene strömungsübergreifende Proteste anzuschieben, zeigte sich allerdings beim 1986 in Celle stattfindenden „Deutschen Burschentag“. Obwohl die Recherche zum Thema einen der Glanzpunkte bildete, waren die Hintergrundinfos nicht ausreichend: Die direkten Aktionen von Autonomen & Antifas konnten sich zwar sehen lassen (unter anderem in Form von Farbkleckschen auf den Anzügen der „farbentragenden Burschies“), aber die Demonstration floppt.

Antifaschismus war nicht von vornherein ein Dauerthema. Als autonome Bewegung war „Antifa“ noch in den Kinderschuhen. Aber die Themen lagen vor der Haustür und wurden bearbeitet: Ausländerfeindlichkeit, Wehrsportgruppe Jürgens, Aktivitäten der FAP, jugendliche Neonazis in Meißendorf.

Aufklärende Wirkung sollten die Artikel über die kurdischen Migrant_innen entfalten. Berichtet wurde über ihren Verfolgungshintergrund in Kurdistan und andererseits über die Ausgrenzung, die sie als Flüchtlinge, Ausländer, aber auch als nationalrevolutionäre Sympathisant_innen der PKK zu ertragen hatten.

Eine Besonderheit war, dass und wie sich einzelne Redakteure immer mal wieder kritisch mit der Celler Lokalgeschichte befassten. Zum 50 Jahrestag der Machtübergabe erschien im Januar 1983 ein Sonderheft mit Artikeln, Interviews und Dokumenten zur lokalen Situation in den Jahren 1932/33. Das Interesse war so groß, dass eine zweite Auflage gedruckt werden konnte.

Noch erfolgreicher war das im April 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung Bergen-Belsens auf Grundlage der Texte von Julius H. Krizsan produzierte Sonderheft



zum Konzentrationslager Bergen-Belsen. Hiervon wurden 1700 Exemplare verkauft.

Von seinem äußeren Erscheinungsbild war der ZÜNDEL noch deutlich ein Produkt der Ära vor der Durchsetzung von PC's. Das Layout wurde mit Papier, Schere und Kleber erledigt. Fotos mussten vorab durch eine Druckerei zu Rastervorlagen umgewandelt werden. Zunächst schrieben alle Redakteur_innen auf ihren heimischen Schreibmaschinen, bis die Zeitschrift im Februar 1985 ein neues Gesicht bekam: Das Titelblatt wurde rot/schwarz, und - vom Landesökofond der Grünen gesponsert - wurden seitdem alle Artikel bundrein auf einer 2.700 DM teuren Schreibmaschine getippt, die ein Mini-Korrektur-Display aufwies.

In einzelnen Phasen hatte die Zeitschrift eigene Karikaturisten. Einige der ersten Titelblätter sind so entstanden. Und in den letzten Ausgaben gab es mit „Herbert Zunder“ sogar eine eigene Figur: „pyrotechnischer Autodidakt – gesuchter Fachmann für feurigen Einsatz

*reißer Tip für dankmaldautz-gestreste
Stadträte*



*Wo gestern noch die Naafi stand,
schuf Herbert Zunder flaches
Land*

und zündende Ideen in öffentlichen Angelegenheiten“. Und der Zeichner steuerte einige erstklassige Karikaturen bei.

Die letzten anderthalb Jahre seines Bestehens war der ZÜNDEL in einer merkwürdigen Situation. Qualitativ war die Zeitschrift besser denn je, aber verkauft wurde sie zunehmend weniger. Das ließ ein monatliches Minus von rund 200 DM in der Kasse auflaufen. Parallel verteilte sich die Hauptlast der Arbeit auf immer weniger Schultern, was nur funktionierte, weil die zwei, drei Leute erwerbslos waren. Und die waren nach zum Teil sechsjähriger Zeitungsarbeit ziemlich „ausgebrannt“.

Der erste ernstgemeinte Krisenaufruf findet sich in der Aprilausgabe 1986. Der Leserschaft wurde verkündet, bis zum Jahresende wolle man 200 Abos haben und 2000 DM Spende. Doch das klappte nicht: Die Abozahl stieg zwar von 110 auf 160, aber ohne dass sich die verkaufte Auflage erhöhte. Und das Spendenergebnis von 110 DM wurde von Teilen der Redaktion schon als schlechter Witz verstanden.

Im April 1987 fiel dann auf einer vierstündigen Redaktionssitzung die Entscheidung, den ZÜNDEL mit der Maiausgabe – die insgesamt Sechzigste – zu beerdigen. Zwei Positionen standen sich am Ende gegenüber: Die einen wollten weitermachen, und sei es mit deutlich weniger Seiten – und damit Aufwand. Die anderen wollten an einem neuen Zeitungskonzept basteln, wobei die Idee darin bestand, über die Öffnung der Zeitung für neue Leserschichten als Veranstaltungsmagazin eine höhere Auflage und damit eine Teil-Professionalisierung der Redaktion hinzubekommen.

Von der „Fraktion“, die weitermachen wollte, wurde die Einstellung der Zeitschrift auch als Aufkündigung eines Bündnisses interpretiert. Über sechs Jahre hatten Grün-Alternative, Feministinnen, Sozialisten/Kommunisten und Autonome gerade über das Zeitungsprojekt zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gefunden und so das linksradikale Milieu der Stadt zusammengehalten. Für die einen hatte es deshalb den Anschein, als ob die grün-alternative „Fraktion“ sich mit der angestrebten Kommerzialisierung von diesen Gemeinsamkeiten würde verabschieden wollen. Doch das war es nicht: Über die im Herbst 1986 gewählte Rats-



fraktion der Grünen war die ökosozialistische Fraktion in der Partei vor Ort bis 1991 dominierend und gerade nach links bündnisfähiger denn je.

Dennoch beruhte die These, in Celler ein linksalternatives Blatt mit einer Auflage von 1500 etablieren zu können, auf einer grünen Illusion: Politisch hatte 1986 mit der Landesregierung Schröder/Trittin in Niedersachsen das „rot“-grüne Projekt Fuß gefasst. Die Kommerzialisierungs-Fraktion setzte auf die Möglichkeit eines sich daraus entwickelnden neuen Milieus – doch gerade in Kleinstädten wie Celler fand dies nie eine besondere Ausprägung.

Genau ein Jahr nach dem Ende des ZÜNDEL kam mit CAVALLO die erste und einzige Ausgabe des angelegten Projekts heraus. Die 52 Seiten leisteten im Kern tatsächlich das, was sich die Macher_innen vorgenommen hatten. Breite kommunalpolitische Berichterstattung (u.a. mit der Aufdeckung eines Skandals in der Wirtschaftsförderung), eine feministische Frauenredaktion, mehr Kultur, ein großer Veranstaltungskalender, ansprechendes Lay-Out. Doch der Verkauf (für 4 DM) blieb absolut hinter den Erwartungen zurück – das heißt im Rahmen der ZÜNDEL-Auflage. Und damit war es das dann auch.

Im Januar 1988 hatte die antifa-autonome „Fraktion“ erstmals eine eigene Flugschrift herausgebracht: „Schlaglichter – Antifaschistische Informationen Celler“. Kostenlos mit 6 – 12 Seiten und einer unregelmäßigen, aber mindestens zweimonatigen Erscheinungsweise gab es dieses Infoblatt bis zum Februar 1993. (Aber dazu ein anderes Mal mehr.) – Die grüne Ratsfraktion versuchte bis 1991, die durch den Verlust des ZÜNDEL entstandene Lücke durch ein zweiseitiges monatliches kommunalpolitisches Info mit dem Titel „Die GRÜNEN informieren“ zu ersetzen.

Dem ZÜNDEL haftete noch Jahre nach seinem Aus von Seiten der ehemaligen Leserschaft ein melancholisch gefärbter Alternativ-Mythos an. Spätere Zeitschriften-„Generationen“ wie die PUBLIZ oder auch die REVISTA knüpf(t)en an das erfolglose Erfolgskonzept an: Fokussierung auf die Themen der Region, linksradikale Pluralität, Null-Kommerz.



Foto links: Eine Redaktionssitzung im Jahr 1983.



Kino 8 ½ im April & Mai

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



09. April

DER PUPPENSPIELER VON HAVANNA

Der Film erzählt auf dramatische Weise vom Leben des kubanischen Puppenspielers Roberto. Dessen innigster Wunsch ist es, mit seinen Marionetten bei einem Puppentheaterfestival in Oslo aufzutreten. Leider hat sich der norwegische Festivalmanager seit Jahren nicht mehr in Kuba sehen lassen. Und so wird Robertos Traum zu einer fixen Idee ...

El Titiritero de La Habana in Spanisch mit deutschen Untertiteln Kuba/Deutschland 2009, 114 Minuten. Der Regisseur Wolf Hermsen ist bei der Vorführung anwesend.

10. April

OB IHR WOLLT ODER NICHT!

Eine junge Frau ist an Krebs erkrankt. Als bei ihr die Chemotherapie nicht anschlägt, kehrt sie in den Schoß der Familie zurück und versucht eine Wiederannäherung nicht zuletzt an ihre Schwestern. - Der Eintritt wird der Hospiz-Bewegung Celle gespendet.

Deutschland 2008, 110 Minuten,

16. und 17. April

A SERIOUS MAN

Über einen biedereren College-Dozenten bricht das geballte Unheil herein. Als er seinen Job und seine Familie zu verlieren droht und obendrein auch noch einen Prozess mit seinem Nachbarn sowie seinen renitenten Bruder am Hals hat, stellt er sich und den Rabbis seiner Gemeinde verzweifelt die Frage nach dem Sinn all dieser Übel. An die biblische Hiobsgeschichte angelehnte schwarze Komödie, in der alles Rationale den Zweifeln des Mystischen ausgesetzt wird, ohne dass eine transzendente Größe als sinnstiftende Instanz die Absurdität der geschilderten Situation auffangen würde.

USA 2009, 106 Minuten, Regie: Ethan Coen & Joel Coen

23. und 24. April

WELCOME

Ein Schwimmlehrer freundet sich in Calais mit einem Immigranten an, der vor dem Krieg im Irak geflohen ist, weiter nach England möchte und nun Schwimmen trainiert, um den Ärmelkanal durchqueren zu können. Das Migrati-

onsdrama entwirft das Porträt einer sich langsam entwickelnden Freundschaft, die sich in einem gesellschaftlichen Klima der Ausgrenzung und Angst behaupten muss. Mit ironischen Spitzen, aber ohne Zynismus entsteht dabei ein berührender Blick auf persönliche Schicksale in einer Welt, in der "Willkommen" angesichts immer größerer Unterschiede zwischen Arm und Reich zur inhaltslosen Floskel zu werden droht.

Frankreich 2009, 109 Minuten - in Kooperation mit dem Arbeitskreis Ausländer Celle

30. April und 1. Mai

NOKAN – DIE KUNST DES AUSKLANGS

Ein arbeitsloser Cellist kehrt mit seiner Frau in seine Heimatstadt im Norden Japans zurück, wo er einen Job bei einem Bestattungsunternehmen findet, der lukrativ, aber gesellschaftlich geächtet ist. Trotz zahlreicher äußerer wie innerer Widerstände erkennt er in der rituellen Aufbahrung des Leichnams eine Berufung, da die würdevolle Zeremonie eine heilsame Wirkung auf die Hinterbliebenen ausübt. In einer bestechenden, elegant-fließenden Inszenierung nähert sich der Film dem schmerzhaften Thema Tod an. Komödiantisch-burleske Zwischenspiele helfen, die Scheu vor dem "morbiden" Sujet zu überwinden.

Japan 2008, 130 Minuten

7. und 8. Mai

UP IN THE AIR

Ein Geschäftsmann, der permanent durch die USA jettet und keinerlei Bindungen an Orte oder Menschen unterhält, macht einen allmählichen Entwicklungs- und Selbsterkenntnisprozess durch, als ihm eine jüngere Kollegin zur Seite gestellt wird und er sich obendrein in eine andere Vielfliegerin verliebt. Perfekt zwischen amüsantem Wortwitz und stiller Tragödie austariertes Porträt eines Anti-Helden, dessen oberflächlichen Lebensstil der Film inszenatorisch kongenial umspielt, ohne selbst der Oberfläche zu erliegen.

USA 2009, 110 Minuten, Regie: Jason Reitman mit George Clooney

auch am 09.05., 10.05. und 11.05. – aber um 19.30 Uhr

14. und 15. Mai

AGORA – DIE SÄULEN DES HIMMELS

Alexandria, 391 n. Christi. Nicht nur für ihre Schönheit, sondern auch ihre Klugheit wird Hypatia bewundert, die Mathematik, Astronomie und Philosophie unterrichtet. Von zwei Männern, einem ehemaligen Sklaven und einem ehemaligen Schüler, wird sie geliebt, doch von anderen auch misstrauisch beobachtet. Für fundamentalistische Christen, die immer mehr Macht gewinnen, ist die Heidin eine Reizfigur. Für konservative Kräfte, die eine Frau mit Einfluss und Verstand nicht dulden, auch. Hypatias tragisches Ende ist damit vorgezeichnet.

Spanien/USA 2009, 127 Minuten

auch am 16.05., 17.05. und 18.05. – aber um 19.30 Uhr

Politische Termine in und um Celle

Do., 08. April, 15.00

Celle im Nationalsozialismus. Historischer Stadtrundgang

Reinhard Rohde und Tim Wegener führen in dem zeitgeschichtliche Rundgang zum Jahrestag des Massakers an KZ-Häftlingen vom 8. April 1945 an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren. Der Rundgang beginnt in der Synagoge und endet am Mahnmal in den Trifftanlagen. Die Veranstaltung erfolgt in Kooperation mit der VHS Celle.

Beginn: Synagoge, Im Kreise 23

Do., 08. April, 19.00

Das Massaker vom 8. April 1945

Referent: **Bernhard Strebel**

Synagoge, Im Kreise 23

So., 10. April, 10.00 – 17.00

Computer-Sicherheits-Workshop

Das Seminar soll die grundlegenden Sicherheitsregeln für den Umgang mit Computern und Informationstechnischen Systemen (IT) vermitteln. Angefangen bei den technischen Grundlagen, über Virencanner und sogenannte "Firewalls" wird ein Überblick über sinnvolle und notwendige Sicherheitsvorkehrungen gegeben. Die Weitergabe von Dokumenten, surfen im Internet und sozialen Netzen, Chatten, Mailkommunikation und Verschlüsselung - im Mittelpunkt steht der Datenschutz. Der Eintritt ist frei!

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f.

Veranstalter: Rosa Luxemburg Club in Kooperation mit der RLS NDS.

Di., 13. April, 20.00

Kriminalfall Leukämie: Uwe Harden, BI gegen Leukämie in der Elbmarsch

Das Leukämierisiko für Kinder steigt mit der Nähe zu Atomkraftwerken. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Mainzer Kinderkrebsregisters. Von 1980 bis 2003 erkrankten im Fünf-Kilometer-Umkreis um deutschen Atomkraftwerke 37 Kinder an Leukämie, allein 13 im Umkreis um die Atomanlagen in der Geesthachter Elbmarsch.

Ist dort ein Strahlenunfall im Jahr 1986 die Ursache? Das jedenfalls vermuten einige Wissenschaftler. Uwe Harden, Sprecher der BI gegen Leukämie in der Elbmarsch, wird den Stand der Diskussion vorstellen. Dabei geht es neben den Gefahren durch die Atomenergie längst auch um eine Kriminalgeschichte.

Gemeindehaus Neuenhäusern, Kirchstraße 49

Veranstalter: Forum gegen Atomenergie

Mi., 14. April, 19.30

Die "Akte Schädlich" - Wie Celler_innen im Jahr 1945 über ihre Verfolgung im NS berichteten

Ende 1945 rief Stadtdirektor Ernst Schädlich (SPD) die Celler Bevölkerung auf, ihre spezifischen Verfolgungsgeschichten im Nationalsozialismus schriftlich darzulegen. Daraufhin gingen weit über 100 Berichte ein, die das ganze Spektrum politischer, rassistischer und religiöser Verfolgung abbilden, aber auch viele Geschichten alltäglicher Diskriminierung und Denunziation. Der Historiker **Tim Wegener** wird in einer Art Werkstattbericht dieses Aktenkonvoluts des Stadtarchivs vorstellen und anhand exemplarischer, z.T. bis heute öffentlich nicht bekannter Verfolgungsgeschichten ein neues Fenster auf die Celler Lokalgeschichte im Nationalsozialismus öffnen. Eintritt frei.

Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9

Veranstalter: Rosa-Luxemburg Club in Kooperation mit der RLS NDS.

Fr., 16. April, 20.00

Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika

Die Neue Linke in Lateinamerika gibt der Welt neue Hoffnung. Die Entwicklungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador oder Chiapas können die erlahmte Bewegung für eine bessere Welt auch hierzulande neu in Gang bringen. Der Journalist **Helge Buttke** fasst in seinem Buch, das er in Celle vorstellt, erstmals die unterschiedlichen aktuellen Bewegungen in einer Studie zusammen, arbeitet die Prinzipien von Selbstorganisation, solidarischer Ökonomie und neuem Internationalismus heraus und widmet sich auf Grundlage neuer und

alter Überlegungen dem "Sozialismus im 21. Jahrhundert". Eintritt frei.

Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9

Veranstalter: Rosa-Luxemburg Club in Kooperation mit der RLS NDS.

Do., 22. April, 19.00

Die deutsche Steuerpolitik auf dem Prüfstand

Die Kölner Wirtschaftsjournalistin **Nicola Liebert** beschäftigt sich in ihrem Vortrag mit der Frage: "Wie sich der Staat selbst das Wasser abgräbt - und was dagegen zu tun wäre."

Die Unternehmensteuerreform 2008 hat große und gewinnstarke kleinere Unternehmen sowie Privatpersonen mit hohen Zinseinkommen massiv entlastet. Damit fehlen Milliarden in der Staatskasse, die anderswo dringend gebraucht werden - etwa für eine bedarfsdeckende gute Kinderbetreuung oder für ein Zukunftsprogramm für soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Das Gejammer über die angeblich viel zu hohen Steuern für Unternehmen und Investoren hierzulande entbehrt jeder Grundlage. Trotz hoher nominaler Steuersätze ist die tatsächliche Belastung ausgesprochen niedrig. Der Staat verzichtet auf Milliardenbeträge, weil die Steuergesetzgebung allzu viele, meist ganz legale Schlupflöcher lässt. Nicola Liebert hat jüngst in einer Untersuchung beschrieben, wo und auf welche Weise und in welchem Umfang dem Fiskus Einnahmen entgehen. Und sie zeigt, wie die legalen und illegalen Steuerschlupflöcher zu schließen oder wenigstens zu verkleinern wären. Eintritt frei.

Veranst.: attac und Rosa-Luxemburg Club in Kooperation mit der RLS NDS.

Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Neuenhäusern, Kirchstr. 49

Do., 27. Mai, 19.00

Stille Helden - Widerstand gegen die Judenverfolgung im nationalsozialistischen Deutschland

Referentin: **Martina Voigt**, freie wissenschaftliche Mitarbeiterin, Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Synagoge, Im Kreise 24

Kunst & Kultur

Sa., 3. April, 22.00

Simm Simma Saturday #2

Feinste Dancehall-, Reggae-, und Black-Music bis die Sonne wieder scheint. Diesmal Raffneck meets Dynablaster – veranstaltet von Squal Unit. Hinzu kommt eine live Performance von den Jahrome und Junior Matayas.

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f.

Fr., 9. April, 21.00

Kurzer prozes (HipHop, Nürnberg) und Holger Burner feat.: Slowly Mosen & 4TMC (HipHop HH)

Aftershow: 90er und 2000er Hits

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f., 3 Euro

Fr., 9. April, 20.00

Elizabeth Lee's Cozmic Mojo

Psycho Blues & Acid Roll

Wohnland, Schuhstraße, Eintritt:??

Fr., 16. April, 20.00

Willie Salomon

Ist so etwas wie der deutsche König des Blues – schwarz & ursprünglich – mal trauriger Blues, mal fetziger Rag

Kunst & Bühne, 10,00 / 5,00 (Schüler)

Fr., 16. April, 21.00

Suntana

A Tribute to Carlos Santana

CD-Kaserne, AK 13,00 / VVK 11,90

Mi., 21. April, 19.30

Bernd Rauschenbach liest

APPLAUSORDNUNG

Veröffentlichte und unveröffentlichte Prosa aus 3 Jahrzehnten; Veranstalter: Bibliotheksgesellschaft Celle

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Do., 22. April, 20.00

Patricia Vonne

Tex-Mex-Gemisch mit Rock, Country und Blues

Wohnland, Schuhstraße; Eintritt:??

Fr., 30. April, 20.00

Open Stage der CRI

CD-Kaserne, CRI-Räume

Fr., 30. April & Sa., 1. Mai

Celle Rock City Festival

Von Groove Metal über Stoner Rock bis zum Progressive Metal – ist für jeden Metaller-Geschmack etwas dabei. Das gesamte Line-Up und weitere Informationen: www.cellerockcity.de

CD-Kaserne

Do., 06. Mai, 19.00

Aus Kindern wurden Briefe - Die Rettung jüdischer Kinder

Ausstellungseröffnung

Die Geschichte der Rettung von Kindern aus Nazi-Deutschland nach Palästina und USA wird aus der Perspektive der Kinder und ihrer Retter erzählt. Es ist ein Versuch, die Wirkungsfelder von Frauen wie Recha Freier, Käte Rosenheim und einiger ihrer Mithelfer wie Elli Freund, Beate Berger und Frieda Heilberg, zu beleuchten.

Synagoge, Im Kreise

Fr., 07. Mai, 20.00

Joscho Stephan Quartett Gypsy Jazz Guitar & Strings

Hof Wietfeld, AK 22,00 / VVK 20,00

Fr., 21. Mai, 19.00

Session mit ...

... Musiker_innen der Kreismusikschule

Kunst & Bühne Nordwall; E: frei

Fr., 28. Mai, 20.00

Open Stage der CRI

CD-Kaserne, CRI-Räume

Anzeige

THUN-Holzbetten+ "KATTUN"-Kaltschaummatratzen.

Seit 25 Jahren beste Qualität aus der Region. Z.B. Bett Nr. 842 Buche 200x140cm ab €405,-, "KATTUN"-Matratze TypII 200x140cm für €433,-. Aufbau-+Lieferservice.

Tel 05141-31247
www.kattuncelle.de

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen (Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in celle

Erwerbslosenberatung
Je. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr
– ver.di-Büro, Wasserturm

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

je. 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

je. 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Volxküche

jeden So., 18 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr